:antifaschistische nachrichten Nr. 7

g 3336 10.4.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Republikaner“ in NRW

Dortmund/Münster. Die sog. „Republikaner“ haben auf ihrem NRW-Landesparteitag am 30. März in Dortmund einen neuen Vorstand gewählt. Erneut wurde Ursula Winkelsett (Senden) zur Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertretende Landesvorsitzende wurden Frank Maul, Angestellter aus Siegen, Dr. Jürgen Heydrich, Bibliotheksdirektor i.R. aus Köln, und Ulrich Manes, Stationsleiter einer Klinik aus Stemwede. Trotz der zahlreichen Übertritte von „Republikaner“-Mitgliedern zu „Pro NRW“-Gliederungen will der Landesverband zur Kommunalwahl 2009 und zur Landtagswahl 2010 antreten. Außerdem wurde eine Resolution zur Bildungs- und Schulpolitik verabschiedet. Darin sehen die sog. „Republikaner“ eine „wichtige Aufgabe der Schulen auch darin, ein positives Verhältnis zu Volk und Staat zu schaffen“. Dazu gehört für diese u.a. die „Ablehnung einer angeblichen Kollektivschuld der Deutschen“ und die „Erlernung der Nationalhymne durch alle Schüler“. *hma* ■

Unions-Parteien sperren sich in Wort und Tat

Berlin. Die unionsgeführten Länder wollen sich nicht an einer Arbeitsgruppe beteiligen, die ein NPD-Verbot prüfen will. Dabei verweigern sie sich doppelt. Sie sind nicht bereit, die V-Leute abzuschalten, das Hauptverfahrenshindernis für ein rechtsstaatliches NPD-Verbot . Sie sind aber offenbar auch noch nicht einmal bereit, ihre Kenntnisse über die NPD öffentlich zur Diskussion zu stellen und ihr gesammeltes Material zur Verfügung zu stellen. In der Frage der V-Leute ist das Gros der SPD-regierten Länder der gleichen Meinung. Auch sie haben bisher die V-Leute nicht abgeschaltet. Dazu Petra Pau, MdB DIE LINKE: „V-Leute sind ihrem Wesen nach gekaufte Agenten und bezahlte Provokateure. Sie sind folglich keine Lösung, sondern selbst ein Problem.“

www.petra.pau.de ■

Aus dem Inhalt:

„Zug der Erinnerung“ machte in Hamburg Station 5
Gelder für Rechtsradikale 9

Internationales Jugendcamp Bergen-Belsen studiert Holocaust und erlebt aktuellen Rassismus

Protest der TeilnehmerInnen des Internationalen Jugendworkcamps Bergen-Belsen gegen das Ludendorffer-Treffen in Dorfmark ***Foto: DGB-KulturAK***

Bergen-Belsen/ Celle. Zehn Tage nahmen 70 Jugendliche aus Israel, Niederlande, Südafrika, Deutschland und sechs osteuropäischen Staaten am 14. Internationalen Jugendworkcamp der christlichen und gewerkschaftlichen Jugendverbände teil. Sie beschäftigten sich mit den Verbrechen von Nazis und Wehrmacht im KZ und den Lagern für sowjetische Kriegsgefangene von Bergen-Belsen. Arbeit im Archiv, Pflege der wenigen Fundamentreste, theoretische, künstlerische und musikalische Auseinandersetzung waren die Methoden, um über Opfer, Täter und Neofaschismus mehr zu erfahren. Ein Höhepunkt waren Zeitzeugengespräche mit Yvonne Koch und Anita Lasker-Wallfisch. Letztere überlebte, weil sie im Mädchenorchester Auschwitz spielte.

Bei einer Stadtführung in Celle mit Reinhard Rohde erfuhren sie, wie der Weg zur Nazi-Diktatur beschritten wurde und welchen Widerstand es gab. Allein die Geschichte der Synagoge zeigt, wie Menschen zu Tätern werden und trotz großer Verbrechen nach 1945 wieder öffentliche Spitzenpositionen erreichten.

Sehr angetan war die internationale Gruppe von der alternativen Jugendkultur im „Bunten Haus“. Kulturangebote, Unterstützung von Flüchtlingen, gemeinsames Kochen und Engagement gegen Nazis beurteilten die jungen Russen, Slowaken, Israelis und all die anderen als „super“ und nachahmenswert. Dass sozialer gleichberechtigter Umgang und selbstorganisiertes gemeinsames Leben vor Rassismus im eigenen Kopf schützt, konnte Pumeza Mandela den Akteuren des Bunten Haus, aus eigener Erfahrung, bestätigen. Die südafrikanische Delegationsleiterin ist die Nichte des Antiapartheitskämpfers und späteren Präsidenten Südafrikas, Nelson Mandela.

Die Neonazis fordern seit langem die Schließung des Bunten Hauses. Jetzt muss sich das „Bunte Haus“ einer Kampagne von Polizeichef, Oberbürgermeister und Cellesche Zeitung erwehren. Der Antifaschismus ist ihnen ein Dorn im Auge.

Besichtigt wurde auch der größte westeuropäische Truppenübungsplatz Bergen, zu dem die Lager gehörten und von dem nicht nur die Kriege der Nazis ausgingen.

Die internationale Gruppe wurde durch gemeinsames Arbeiten und Erleben zur Gemeinschaft. So war es selbstverständlich, gut informiert den Protest gegen die rassistischen Ludendorffer in Dorfmark zu unterstützen. Dort schlug ihnen blanker Hass von Bürgern entgegen, der sie um so mehr in der Richtigkeit ihres Tuns bestärkte. (siehe weiteren Artikel auf Seite 3) *HDB* ■

Naziübergriff auf Antifa-Demo

AACHEN. Mehr als 200 Menschen nahmen am 27. März an einer antifaschistischen Demonstration in Aachen teil. Anlass der Demonstration war ein wenige Tage zuvor stattgefundener Angriff von Neonazis auf die Wohnung eines jungen Mannes, den diese dem antifaschistischen Spektrum zuordnen. Die Demonstration wurde auf halbem Weg von etwa 30 – teilweise vermummten und bewaffneten – Neonazis angegriffen. Darunter Anhänger der NPD, der „Kameradschaft Aachener Land“ (KAL), des „Sturmbund Aachen“, der „AG Rheinland“ sowie Nazi-Sprayer und rechte Hooligans. Es gelang den AntifaschistInnen, die Nazis in die Flucht zu schlagen. Diese flüchteten in ein Kaufhaus, wo sich die Auseinandersetzung kurzzeitig fortsetzte. Die Polizei griff erst spät in das Geschehen ein und attackierte dann die AntifaschistInnen. Dabei gab es Verletzte und eine Festnahme. Daraufhin blockierten die Demonstrationsteilnehmer bis zu dessen Freilassung den Verkehr am Elisenbrunnen. Im Anschluss führten noch etwa 100 AntifaschistInnen eine spontane Demonstration zum Autonomen Zentrum durch, das am Vorabend mit Nazi-Parolen beschmiert worden war. Im Laufe des Abends nahm die Polizei in einer Gaststätte eine Reihe der Neonazis fest.

abk ■

Demonstration in Brühl

BRÜHL. In Brühl demonstrierten am Abend des 28. März rund 200 AntifaschistInnen gegen die neonazistische „AG Rheinland“. Die Kampagne „Faschismus ist nicht trendy! „Autonome Nationalisten“ stoppen!“ hatte zu der Demonstration aufgerufen, nachdem die Stadt sich geweigert hatte, eine antifaschistische Informationsveranstaltung in städtischen Räumen zuzulassen. So konnten sich letztlich viele Einwohner Brühls aus erster Hand darüber informieren, was in ihrer Stadt eigentlich los ist. Am Rande der lautstarken Demonstration versuchten Neonazis Übergriffe auf AntifaschistInnen durchzuführen. Die Polizei sprach zahlreiche Platzverweise aus. Außerdem gab es mehrere Festnahmen.

In Köln nahmen am 2. April rund 70 Menschen an einer Informationsveranstaltung der Kampagne gegen Neonazis und neuen rechten Lifestyle teil. Die nächsten Informationsveranstaltungen zur Nazi-Szene in der Region finden am 20. April in Leverkusen, am 8. Mai in Pulheim und am 5. Juni in Bonn statt. Ein Höhepunkt der Kampagne wird das zweitägige Festival „Antifaschist Ballroom“ im Kölner Stadtteil Mülheim am 16. und 17. Mai sein.

abk ■

BDS unter neuer Leitung

FELLBACH. Die Generalversammlung des „Bundesverband der Selbständigen“ hat in Fellbach ein neues Präsidium gewählt. Als Nachfolger für Dorothea Störr-Ritter, die künftig als Landrätin im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald tätig sein wird, wurde Günther Hieber zum neuen Präsidenten gewählt. Neuer Bundesschatzmeister wurde der Verleger Thomas Brügmann. Brügmann ist seit einigen Jahren Herausgeber des Informationsdienstes „Vertrauliche Mitteilungen“. Gegründet wurde dieser 1951 von Artur Missbach. Missbach war bereits 1931 der HJ und der NSDAP beigetreten. Während des Nazi-Regimes machte er schnell Karriere. 1943 wurde er geschäftsführender Leiter der „Wirtschaftsgruppe Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie“ für das sog. „Generalgouvernement“ mit Sitz in Krakau. Nach dem Krieg trat Missbach in die CDU ein und saß für diese im Bundestag. Missbach gehörte der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ (SWG) und der „Deutschland-Stiftung“ an und war Mitgründer eines „Solidaritätskomitees Wahrheit über Chile“. Im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 propagierte Missbach die „Vierte Partei“. In den 70er Jahren verfügten die „Vertraulichen Mitteilungen“ noch über etwa 60 000 Abonnenten.

hma ■

12-seitige Infobroschüre zur Kampagne: www.nazifrei.tk

Heß-Gedenken vor Bundesverwaltungsgericht

WUNSIEDEL/LEIPZIG. Am 25. Juni geht das Tauziehen um das Verbot von Kundgebungen zum vorgeblichen Gedenken an den früheren Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß in eine neue juristische Runde. Erstmals befasst sich dann das Bundesverwaltungsgericht mit einem jahrelangen Rechtsstreit.

Das Landratsamt Wunsiedel hatte einen für den 20.8.05 geplanten rechtsextremistischen Aufmarsch anlässlich des Todestages von Rudolf Heß verboten. Die sterblichen Überreste des vormaligen Hitler-Stellvertreters haben in dem oberfränkischen Ort ihre letzte Ruhestätte gefunden und sind – in zeitlicher Nähe zum Heß-Todestag – seit Jahren Anlass für nicht gerade unerhebliche Aufmärsche der rechtsextremen Szene geworden.

Besagtes Versammlungsverbot wurde durch das Bundesverfassungsgericht bislang zweimal bestätigt – allerdings jeweils in Eilverfahren. Eine letztendliche Entscheidung in der Hauptsache steht bis dato aus. Infolge der bisherigen juristischen Verfahren sahen das Verwaltungsgericht Bayreuth und der Bayerische Verwaltungsgerichtshof das verhängte Versammlungsverbot seitens des Landratsamtes Wunsiedel durch eine 2005 in Kraft getretene Strafrechtsverschärfung bezüglich Neonazi-Veranstaltungen gedeckt. Nach dieser Vorschrift macht sich strafbar, wer in einer öffentlichen Versammlung die Würde der NS-Opfer verletzt sowie nationalsozialistische Gewalt und Willkürherrschaft billigt (dpa). Laut dem diesbezüglichen Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs stört demnach ein Neonazi-Aufmarsch den öffentlichen Frieden. Im vorigen Jahr waren eine angekündigte Heß-Mahnwache in München verboten, anderweitige diesbezügliche rechtsextreme Aufmärsche allerdings teilweise zugelassen worden.

In gut drei Monaten müssen nun die Bundesrichter – unter Beachtung von verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten – prüfen, ob die bisherige Beurteilung staatsrechtlich korrekt ist.

www.aida-archiv.de/; gekürzt: mlb ■

19. April :“ Gegen rechten Lifestyle in Salzwedel und überall!“

SALZWEDEL. Die Situation in Salzwedel und dem Umland verschlechtert sich kontinuierlich. Nazis haben sich breit gemacht. Besonders in Gardelegen, Klötze und Stendal verbreiten sie mit menschenverachtender Brutalität ihre rassistische Ideologie. Zusätzlich werden Freiräume

Rassistische Pöbeleien gegen Internationale Jugendgruppe

Bad Fallingbostel-Dorfmark. Am Ende des zehntägigen Internationalen Jugendworkcamps Bergen-Belsen unterstützten die 72 Jugendlichen aus Niederlande, Israel, Südafrika, Deutschland und 6 osteuropäischen Ländern mit Transparenten, Straßentanz und „Youth against racism“-Rufen (Jugend gegen Rassismus) die Proteste von SPD, Grünen, Gewerkschaften und Antifa-Initiative am Karfreitag 21.3.08 gegen die Ostertagung des rassistischen „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer) e.V.“, in Dorfmark. Nach deren „Glauben“ strebt die „jüdische Schachtrasse“ mittels ihrer Tarnorganisationen Kirchen, Kommunisten, Freimaurer die Weltherrschaft an. Bekannte Nazis nehmen immer wieder bei den Ludendorffern teil. Die Ostertagung ist seit ca. 30 Jahren eine gute Einnahmequelle für Hotels, Gaststätten und Pensionen. Ein Grund, wie VVN/BdA und Antifas vermuten, warum Proteste dagegen kaum in der Lokalpresse landeten.

Das Antifaschistische Kreisbündnis aus Parteien-Gewerkschaften-Initiativen muss dagegen nach Fallingbostel ausweichen, weil in Dorfmark weder Kirche noch Gaststätten Räume für Informationen über Ludendorffer vermieten. Bündnisorganisator Charly Braun/ DGB: „Andernorts hat der Hotel- und Gaststättenverband beschlossen, keine Nazis und Rassisten zu bewirten. Das muss auch in Dorfmark möglich sein“. Nazis zu bewirten oder nicht zu bewirten, nennt Annette Schütz vom SPD-Kreisvorstand eine „Entscheidung“.

Während die Polizei den hannoverschen und örtlichen Nazis der „Autonomen Nationalisten“ Platzverweise erteilte, pöbelten und beleidigten etliche Dorfmarker Männer die internationale Gruppe mit Rufen wie: „Ölaugen“, „Kanaken raus“, „unter Hitler haben die Neger nicht auf der Straße getanzt“, „hier wird deutsch gesprochen“, „Affen in den Urwald“. Ein Mann, der sich gegenüber Journalisten als CDU-Mitglied vorstellte, behauptete lauthals in die Mikrofone, dass alle Ausländer kriminell seien, und er zeigte den Demonstranten den Stinkefinger. Die Polizei schritt nicht dagegen ein und nahm eine Strafanzeige wegen Beleididung und Volksverhetzung einfach nicht an.

21.3.08 Dorfmark: Polizeilicher Platzverweis gegen Autonome Nationalisten *Foto: DGB-KulturAK*

Wer die Proteste gegen die Ludendorffer unterstützt, muss sich vom Internet bis vor seiner Haustür Kritik und Beschimpfungen anhören: Dorfmark würde in den Dreck gezogen und dem Tourismus geschadet.

Auf der Altermedia-homepage schwärmen Nazis: „Es gibt sie also noch: Aufrichtige und tapfere Deutsche Volksgenossen. Schööööön“. Seitenlang liest man z.B. „Neger-Aufstand“ in Dorfmark“, „Steckt die Affen in ein Klo und spült sie weg wie Scheiße“, „scheint doch lediglich der Aufenthalt im KZ Bergen-Belsen vollkommen unproblematisch und schön gewesen zu sein. Wer hat das Tor aufgelassen?“

Das Gebräu aus sog. „Bürgerprotest“, wirtschaftlichen Interessen an Nazis, friedlich erscheinenden rassistisch-religiösen Ludendorffern und bekannten Schlägern der „Autonomen Nationalisten“ wurde vor allem durch Weser-Kurier, NDR-Radio und NDR-TV öffentlich. Jahrelang lehnte das Rathaus die Thematisierung der Ludendorffer ab: das sei Privatsache des Gastgewerbes. Jetzt wird Bürgermeister Reiner Schmuck/ CDU am 7.4.08 dem Rat eine Resolution vorlegen.

„In Deutschland hat Rassismus noch einen Boden, aber auch Menschen, die mit eigener Kultur und offenem Protest dagegen halten“, kommentierten Pumeza Mandela und ihre neuen internationalen Freunde bei ihrer Abreise.

mehr dazu: antifa.sfa.over-blog.com ■

Internationales Workcamp, mehr Infos unter: www.jugendarbeit-in-bergen-belsen.de

für Jugendliche massiv eingeschränkt durch die Schließung von Jugendclubs. Für den 19. April rufen deshalb AntifaschistInnen aus der Region zu einer Demonstration auf. Im Aufruf heißt es:

„Das Anwachsen der rechten Szene in den Städten verändert strukturell schnell und spürbar die alltäglichen Freiräume, nicht nur für uns Antifaschisten. Auch für andere Gruppen der Gesellschaft, wie zum Beispiel MigrantInnen und andere Menschen, welche nicht ins rechte Weltbild passen, entstehen Räume, Plätze und Straßen, die nicht mehr angstfrei zu betreten sind. Manche Kneipen, Clubs oder Bars sind uns und ihnen verwehrt durch rechte „Security's“, wie z.B. dem „Selbstschutz Sachsen-Anhalt“. Das alles macht aus unserem zu Hause einen Ort, an dem wir nicht mehr willkommen zu sein scheinen.... WIR akzeptieren das nicht! Aktiv werden statt akzeptieren! Es ist die Verantwortung von jedem und jeder Einzelnen von uns, sich diesem Prozess zu stellen. Denn nur zusammen können wir dem braunen Druck standhalten und Nazistrukturen, wie z.B. den „Freien Nationalisten Altmark West“ entgegentreten und den rechten Lifestyle zurückdrängen.“

19. April 2008, Salzwedel, 15 Uhr, Kulturhausvorplatz

Quelle: antifa.sfa – 30.03.08 ■

Köster darf nicht zur Landratswahl antreten

Mecklenburg-Vorpommern. Der Kreiswahlausschuss im Landkreis Ludwigslust hat den Wahlvorschlag der NPD zurückgewiesen. Der Vorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Stefan Köster, wollte sich am 18.5. zur Landratswahl im Landkreis Ludwigslust stellen.Köster habe bereits gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen, da er vor einem Jahr vom Landgericht Itzehoe wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe verurteilt worden sei. So lautet nach Angaben des →

„Norddeutschen Rundfunks“ die Begründung des Kreiswahlausschusses. Köster habe bereits angekündigt, gegen die Entscheidung Widerspruch einzulegen. Darüber müsse dann der Landeswahlausschuss am 17. April entscheiden.

Quelle: www.endstation-rechts.de ■

NPD kandidiert flächendeckend

Die NPD wird zur Kommunalwahl am 25. Mai im Kreis Nordfriesland flächendeckend in allen 27 Wahlkreisen kandidieren. Spitzenkandidat ist Kevin Stein aus Husum (früher Gera), der auch für das Husumer Stadtparlament kandidiert. Arne Kaehne war bereits Kandidat für die Landratswahl und erreichte praktisch ohne viel Werbung und ohne in den letzten Jahren weiter aufzufallen 2,33 % der Stimmen (bei niedriger Wahlbeteiligung). Die frühere DVU-Landtagsabgeordnete und DVU-Landeschefin Renate Köhler kandidiert ebenfalls auf der NPD-Kreisliste. Sicher scheint auch zu sein, dass die NPD im Kreis Ostholstein, in der Stadt Kiel und evtl. in Lübeck Kandidaten aufstellt. *rb* ■

Molotow-Cocktail und Briefbombe

SITTENSEN. In die Ermittlungen zu einem Brandanschlag auf einen muslimischen Gebetsraum im niedersächsischen Sittensen kommt Bewegung. Gegen den 18-jährigen Haupttatverdächtigen wurde mittlerweile ein Haftbefehl erlassen. In den Räumlichkeiten des jugendlichen Neonazis wurden neben einem Benzinkanister und Brandbeschleuniger auch eine Briefbombe sichergestellt, adressiert an eine Beamtin der Kriminalpolizei Rotenburg-Wümme.

Radikale Aktivitäten von Neonazis aus dem Umfeld des NPD-Unterbezirk Stade bildeten in der Vergangenheit keine Ausnahme. So überfielen im Jahr 1999 acht Männer eine Flüchtlingsunterkunft im benachbarten Kutenholz-Aspe. Die Täter verschafften sich damals gewaltsam Zugang zum Gebäude und drangen in den Wohnbereich ein. Fenster wurden zerschlagen und das Mobiliar zerstört. BewohnerInnen des Hauses die im ersten Stock der Unterkunft wohnten, konnten sich nur mit einem Sprung aus dem Fenster den Angreifern entziehen. Eine im Erdgeschoss lebende Frau und ein Nachbar, der den Opfern Hilfe leisten wollte, wurden mit vorgehaltener Schreckschusspistole bedroht. Ähnlich wie im aktuellen Fall in Sittensen richtete sich die Tat gegen Menschen, die im nationalsozialistischen Weltbild der Täter keinen Platz haben. Im Prozess gaben die Angreifer auf die Flüchtlingsunterkunft in Kutenholz-Aspe „Fremdenhass“ als Motiv für die Tat an. Die Angreifer waren zuvor regelmäßige Teilnehmer auf „Schulungsveranstaltungen“ des NPD-Unterbezirks Stade gewesen.

Lübeck. Am Samstag den 29. März 2008 demonstrierten mehrere tausende Menschen gegen den Nazi-Aufmarsch unter dem Motto „Bomben für den Frieden?“ – abgehalten von rund 350 Neo-Nazis. Dazu aufgerufen hat ein breites Bündnis verschiedenster Gruppen (Kirche, Antifa, Gewerkschaft ect.)

Diese politischen Schulungsveranstaltungen fanden noch bis vor drei Jahren im niedersächsischen Bargstedt statt. Nachdem der Landkreis Stade im Jahr 2005 die Nutzung des maroden Gebäudetraktes untersagte, wich die NPD ins nahe gelegene Wangersen aus. In einer Gaststätte des Dorfes, die auch für regelmäßige Mitgliedertreffen der NPD Stade genutzt wurde, tagten besagte NPD-Schulungen nun in der Folgezeit.

Nachdem es Anfang 2007 zu Protesten gegen die regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen in Wangersen gegeben hatte und Scheiben der Gaststätte zu Bruch gingen, konnte die NPD Stade wenige Tage später abermals einen Ersatzort präsentieren. Für eine Vortragsveranstaltung im Februar 2007, mit dem Neonaziführungskader Christian Worch aus Hamburg, mobilisierten die Neonazis nur einige Kilometer weiter ins benachbarte Oersdorf.

Quelle: antifa.sfa – 30.3.08 ■

Rechtsextremismus – es ist noch schlimmer

BERLIN. BKA-Chef Jörg Ziercke sieht bei rechtsextremer Kriminalität keinen Grund für eine Entwarnung, da im Schnitt in Deutschland jeden Tag eine fremdenfeindlich motivierte Gewalttat begangen werde. Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE und im Innenausschuss, sieht die Lage noch schlimmer: „Im bundesweiten Schnitt werden stündlich 2 ½ Straf- und täglich 2 ½ Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert. Das sind die offiziell eingeräumten Zahlen. Sie stapeln tief. Real sind es mehr. Entsprechend hoch ist auch die Zahl der Opfer rechtsextremistischer Gewalt. Oder anders formuliert: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind hierzulande längst wieder eine Gefahr für Leib und Leben.“

PM Petra Pau, MdB, ww.petra.pau.de ■

Schmuddel ist nicht vergessen

Dortmund. „Kein Vergeben – kein Vergessen!“ Unter diesem Motto gingen rund 800 antifaschistische Demonstranten am28.3. auf die Straße, im Gedenken an den vor einem Jahr von einem Neonazi umgebrachten Punker Thomas „Schmuddel“ Schulz. Ebenso aber auch als ein Beispiel für Zivilcourage, welches deutlich machen sollte: für Faschisten gibt es in Dortmund keinen Platz. In Sichtweite zum umstrittenen Neonazi-Laden „Donnerschlag“ fand eine Kundgebung statt, die zunächst friedlich verlief, bis plötzlich aus einem Hauseingang hinter der Absperrung mehrere Neonazis auf die Straße stürmten. Das schnelle Eingreifen der Polizei verhinderte allerdings eine direkte Konfrontation beider Gruppen. Bilanz des Einsatzes: 16 Neonazis und fünf Demonstranten wurden vorübergehend festgenommen. Mit der Niederlegung einer Gedenktafel an der Kampstraße endete die Aktion.

Foto: www.arbeiterfotografie.com

Antifaschisten protestieren gegen den bundesweiten Naziaufmarsch in Barmbek

Hamburg. Am 1. Mai werden in Hamburg-Barmbek tausende AntifaschistInnen mit einer Demonstration und mehreren Kundgebungen gegen den Aufmarsch von NPD und den so genannten „Freien Nationalisten“ protestieren. Das kündigte das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) und der Zusammenschluss Autonomer Antifaschistischer Gruppen aus Hamburg an. „Wir wollen möglichst viele Nazigegner nach Barmbek mobilisieren: Ziel ist und bleibt die Verhinderung des faschistischen Aufmarsches“, so der Sprecher des Hamburger Bündnis gegen Rechts, Wolfram Siede.

Welches menschenverachtende Weltbild die Nazis auszeichnet, ist bekannt. Vorgestern wurde ein 18-jähriger Neonazi aus dem Kreis Rothenburg/Wümme unter dringendem Tatverdacht festgenommen, in der Nacht zum Ostersamstag einen Brandanschlag auf einen muslimischen Gebetsraum in Sittensen verübt zu haben. Der Tatverdächtige kommt aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“. Führende Kader aus diesem Spektrum wie Christian Worch sind wesentlich an der Organisation des Naziaufmarsches beteiligt.

Gegen den NPD-Vorsitzenden Udo Voigt und zwei weitere Funktionäre der neonazistischen Partei läuft ein Verfahren wegen Volksverhetzung. Im Vorfeld der Fußball- Weltmeisterschaft 2006 haben sie mit einer rassistischen Kampagne versucht, dem Fußballspieler Patrick Owomoyela aufgrund seiner Hautfarbe die Zugehörigkeit zur deutschen Nationalmannschaft abzusprechen. Zudem habe man den 1. Mai 1933 nicht vergessen, sagt Bündnissprecher Wolfram Siede. „Erst erklärte die NSDAP den ‚internationalen Tag der Arbeit‘ zum ‚Feiertag der nationalen Arbeit‘. Am darauf folgenden Tag stürmten dann SA- und SS-Trupps die Gewerkschaftshäuser und zerschlugen die Organisationen der Arbeiterbewegung.

Vor diesem Hintergrund begreifen wir den geplanten Nazi-Aufmarsch am 1. Mai als eine gezielte Provokation und rufen alle Hamburgerinnen und Hamburger auf, sich den Nazis friedlich und entschlossen in den Weg zu stellen.“

Hamburger Bündnis gegen Rechts ■

Ständig aktualisierte Informationen unter: www.keine-stimme-den-nazis.org/ http://antifahamburg.blogsport.de/

Zug der Erinnerung in Hamburg

Aufgrund der Proteste gegen die Absicht der Deutschen Bahn, den Hauptbahnhof für den „Zug der Erinnerung“ zu sperren, machte das Unternehmen nach einigem Hin und Her einen Kompromissvorschlag: Die Ausstellung im Zug sollte einen Tag lang, am 24. März, auf Gleis 12b des Hauptbahnhofes gezeigt werden können und vom 25. bis 29. März ganztägig auf dem Altonaer Bahnhof. Einen Kompromissvorschlag, den die Hamburg Arbeitsgruppe „Deportationen/11.000 Kinder“ schweren Herzens annahm.

Die Organisationen schrieben dazu: „Damit die Erinnerung an die mehr als 1000 deportierten und ermordeten Kinder und Jugendlichen aus Hamburg nicht noch mehr Schaden nimmt und die Überlebenden aus Hamburg, Israel und New York, die wir zur Eröffnungsveranstaltung erwarten, nicht ausgeladen werden müssen, haben wir diesem Kompromiss in Abstimmung mit dem Verein Zug der Erinnerung zugestimmt.“ Bei der bewegenden Begrüßung des Zuges auf dem Hauptbahnhof sprachen die drei Überlebenden Ester Bejarano (links vorne), Hamburg, Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Zwi Helmut Steinitz aus Tel-Aviv (links hinten), Steffi Wittenberg aus Hamburg (rechts). Ihre Reden sind hier auszugsweise dokumentiert. Außerdem sprachen Gabriela Fenyes (Mitte), Vorstand Jüdische Gemeinde Hamburg, Hans-Rüdiger Minow, Verein Zug der Erinnerung, Frank Teichmüller, Vertreter der Gewerkschaften, Hamburg.

Ester Bejarano: „Diese schreckliche Zeit darf nie in Vergessenheit geraten“

... Als ich 16 Jahre alt war, im Jahr 1941, wurden meine Eltern mit der deutschen Reichsbahn von Breslau nach Kowno in Litauen verbracht, wo sie mit noch fast tausend jüdischen Menschen erschossen und in einen Graben geworfen wurden. Am 20. April 1943 wurde ich mit der deutschen Reichsbahn im Viehwaggon von Berlin nach Auschwitz verschleppt, nachdem ich von 1941 bis 43 in dem Zwangsarbeiterlager Neuendorf bei Fürstenwalde-Spree für die Deutschen schuften musste.

Als so genannter Mischling, ich hatte eine christliche Großmutter väterlicherseits, wurde ich im Herbst 1943 mit der deutschen Reichsbahn von Auschwitz in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verbracht, weil dieses kein Vernichtungslager wie Auschwitz war. Bis Frühling 1945 leistete ich Zwangsarbeit bei der Fa. Siemens, die viele Hallen in Ravensbrück einrichtete und so billige Häftlinge beschäftigte, um sich enorm zu bereichern. Im April 1945 mussten alle Gefangenen, die noch die Kraft hatten, auf den Todesmarsch, auf dem die SS noch viele Gefangene erschossen, wenn sie hinfielen und nicht mehr so schnell aufstehen konnten. Wohin wir gehen, wussten wir nicht.

Es muss schon das Ende der Naziherrschaft gewesen sein, als wir hörten, dass

ein SS-Mann zu einem anderen sagte, es dürfe nicht mehr geschossen werden. Wir sieben jüdische Mädchen, die wir in einer Reihe gingen, entschlossen uns, aus der Kolonne zu fliehen, warteten, bis wir durch einen Wald marschierten. Eine nach der anderen verließen wir die Kolonne und versteckten uns hinter dicken Bäumen. Unter unsren Sträflingskleidern hatten wir Zivilkleidung angezogen. Die Sträflingskleider zogen wir aus und warfen sie weg. Nun gingen wir allein, wir sieben Frauen, irrten umher, bis wir amerikanische Soldaten trafen, die uns auf ihren Tank halfen. Sie fuhren mit uns nach Lübz in Mecklenburg. Dort traf die Rote Armee ein, und sie verkündeten, dass die Nazis kapitulierten, dass Hitler tot sei. Das musste gefeiert werden. Ein großes Hitlerbild wurde auf dem Marktplatz angezündet, und Amerikaner und Russen, die sich vor Freude umarmten und küssten, und die sechs Frauen tanzten um das brennende Bild herum, und ich spielte Akkordeon, das mir ein amerikanischer Soldat schenkte, nachdem ich ihm erzählt hatte, dass ich in Auschwitz im Mädchenorchester Akkordeon gespielt hatte. Das war unsere Befreiung vom Hitlerfaschismus. Ich sage immer, das war meine zweite Geburt am 8. Mai 1945.

Liebe Freundinnen und Freunde, leider gibt es hier und auch in anderen Ländern einen Rechtsruck, der mir Sorge bereitet. Gegen die neonazistischen Ausschreitungen heute wird von der Regierung nur wenig unternommen. Obwohl in unserem Grundgesetz steht, dass alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP verboten sein müssen, können Alt- und Neonazis unbehindert ihre menschenverachtende Naziideologie verbreiten. Die Forderung der VVN - Bund der Antifaschisten, die NPD zu verbieten, findet allerdings eine interessante politische Breite und Unterstützung. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, das Verbrechen der deutschen Reichsbahn sichtbar zu machen, was uns ja nun mit dem Zug der Erinnerung gelungen ist. Wir müssen auf jeden Fall für unser Anliegen kämpfen und bitten euch alle, uns dabei zu unterstützen.

Zwi Steinitz: „Im Namen der Menschen, die diese Hölle nicht überleben konnten"

Mein Name ist Zwi Steinitz. Ich lebe in Tel-Aviv, Israel und bin Holocaustüberlebender. Mit großer Anerkennung für alle Beteiligten an diesem außergewöhnlichen Projekt stehe ich tief bewegt vor diesem „Zug der Erinnerung". Er will uns daran erinnern, dass vor über 60 Jahren auf denselben Gleisen, auf denen er heute durch Deutschland fährt, Millionen Menschen, gerade auch Kinder und Jugendliche, in den Tod deportiert wurden und nur eine Minderheit durch Zufall am Leben geblieben ist. Dieser Minderheit gehöre ich an und ich habe die heilige Pflicht und Aufgabe, unsere Liebsten, die unschuldigen Opfer, in Wort und Schrift zu verewigen.

Ich spreche im Namen der Menschen, die diese Hölle nicht überleben konnten. Einzelne SS-Henker hatten das Recht, das Schicksal Tausender zu bestimmen, so auch das Schicksal meiner Familie. Gewaltsam wurden wir auseinander gerissen. Meine Eltern und mein Bruder wurden in einen Viehwaggon gestopft, um im Vernichtungslager Belzec einen grausamen Tod zu erleiden. Ich konnte diesen Henkern in der letzten Sekunde entweichen. Ich war noch so jung, drohender Gefahren nicht recht bewusst. Ich wollte leben!

Mein Vater war ein deutscher Patriot, Kriegsteilnehmer im 1. Weltkrieg und Gymnasiallehrer. Mit Beginn der Naziherrschaft musste er jahrelange Demütigungen und Erniedrigungen erleiden, wie Entlassung aus dem Schuldienst, Zwangseinweisung ins Ghetto – es war ein Leben in ständiger Angst. In seiner Verzweiflung und Ohnmacht, als er sich für den Abtransport am Tor des Sammellagers einfinden musste, blieb er vor den SS-Schergen stehen und rief ihnen mit erhobener, zorniger Stimme entgegen: „Ihr Mörder, ihr Verbrecher, ihr Mörder ihr Verbrecher!!!" Vater hatte nichts mehr zu verlieren. Er wusste bereits, wohin die Nazis ihn und seine Familie deportieren würden! Das war der 1. Juni 1942, der Tag meines 15. Geburtstages. Nach wenigen Tagen waren meine Eltern und mein Bruder nicht mehr am Leben. Ich frage warum, warum, wie war das möglich?!

Fünf Mal wurde ich in Viehwaggons der Deutschen Reichsbahn transportiert. Doch den Höhepunkt der Brutalität erlebte ich nach dem Todesmarsch von Auschwitz nach Gleiwitz auf dem anschließenden Transport in offenen Viehwaggons nach Buchenwald, im Januar 1945, mitten im Winter. Stehend zusammengepfercht, ohne jegliche Bewegungsmöglichkeit, standen müde und ausgehungerte Menschen tagelang in den offenen Waggons. Brutaler und unmenschlicher als Schlachtvieh hat man uns behandelt – der Tod hielt Einzug. Es war ein Geisterzug im wahrsten Sinn des Wortes.

Heute stehen wir hier vor einem Zug, der uns diese Gräueltaten vor Augen stellen will. Das Ziel und die Aufgabe dieses beachtenswerten Projektes ist eine Mahnung und Warnung vor dem Aufstieg menschenfeindlicher, extremistischer Elemente in Deutschland und in der ganzen Welt. Es ist ein Appell besonders an die junge Generation, aus der dunklen menschenunwürdigen Vergangenheit zu lernen und aktiv zu werden gegen das Verdrängen, gegen das Vergessen und gegen das Verleugnen! Meine persönliche Botschaft und mein Aufschrei ist: „NIE WIEDER!! "

Steffi Wittenberg: „Dieser Zug der Erinnerung soll uns mahnen"

1933 ging ich in die Jahnschule / heutige Ida-Ehre-Gesamtschule). Drei Jahre später kam ich in die Jüdische Mädchenschule Karolinenstraße. Als Hitler 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, sagte meine Mutter sofort: „Jetzt müssen wir Juden raus aus

Deutschland, wir werden von den Nazis alle umgebracht." Und sie bemühte sich jahrelang um ein Visum für uns, war aber erst im September 1938 erfolgreich. Da hatte sie vier Visa für sich, meinen Vater, meinen Bruder und mich für Uruguay bekommen. „Die Männer zuerst," meinte sie, und mein Vater und Bruder fuhren bereits am 12. Oktober 1938 mit dem Schiff von den Hamburger Landungsbrücken mach Montevideo, Uruguay. Wir sollten zwei Monate später nachkommen – aber daraus wurde nichts, weil Uruguay seine Grenzen sperrte. Ein Jahr kämpfte mein Vater dafür, ein neues Visum gegen ein Vorzeigegeld für uns zu bekommen. Im Dezember 1939 hatte er das Geld beisammen und ein neues Visum für uns – Deutschland hatte bereits Polen überfallen, es war Krieg, als wir endlich 1939 einen Tag vor Weihnachten Hamburg mit Ziel Montevideo verlassen konnten.

Welch ein Glück für mich und meine enge Familie, dass meine Mutter und mein Vater so hartnäckig unsere Ausreise aus Nazideutschland betrieben hatten.

Ich, die ihr Leben durch die Aufnahme in einem fremden Land retten konnte, möchte mich dagegen wenden, dass nicht wenige Migranten-Jugendliche von ihren Familien getrennt und aus unserer Stadt abgeschoben werden. Ohne Rücksicht darauf, was aus ihnen wird. Für Abschiebungen sollen sogar noch spezielle Fluglinien angeheuert werden. Was mag das Flugpersonal angesichts dieser „Fluggäste" empfinden?

Dieser Zug der Erinnerung, der das grausame Schicksal von mehr als zehntausend Kindern sichtbar macht, soll uns mahnen, die heute in Hamburg lebenden Kinder zu schützen: Inländer und Ausländer, mit und ohne Religion, egal ob sie eine pink oder schwarze Hautfarbe haben. Sie sollen hier in Frieden und mit guter Ausbildung leben. Das sind wir den Opfern, die wir heute ehren, schuldig. ■

Bahn-Vorstand: Erinnerung bleibt „kostenpflichtig“

Die Bahn AG sperrt den Berliner Hauptbahnhof für die ungehinderte Einfahrt des „Zug der Erinnerung“. Auch der ehemalige Deportationsort Grunewald wird für das Gedenken an die ermordeten Kinder und Jugendlichen von der Bahn AG nicht frei gegeben. Dies wurde der bundesweiten Bürgerinitiative „Zug der Erinnerung“ jetzt mitgeteilt.

Die Sperrung begründet die Bahn AG mit „betrieblichen“ Erfordernissen. Demnach gefährde die Rauchentwicklung des Triebfahrzeuges, einer Dampflok, die Sicherheit des Hauptbahnhofs. Mit einer identischen Begründung hatte die Bahn AG über Ostern versucht, den Hamburger Hauptbahnhof zu sperren. Nach Protesten zahlreicher Persönlichkeiten und Organisationen, darunter der Jüdischen Gemeinde Hamburg, musste die Sperrung teilweise aufgehoben werden. Bereits zuvor hatte die Bahn AG mehrere Tausend Besucher vom Gedenken auf dem Kölner Hauptbahnhof ausgeschlossen, indem sie eine Verlängerung der Standzeiten des Zuges untersagte.

Zum Bahnhof Grunewald, einem der zentralen Deportationsorte der Reichsbahn erklärte die Bahn AG, es gebe nur zwei Abstellgleise ohne öffentlichen Zugang.

In Berlin soll der „Zug der Erinnerung“ mit Fotos und Lebenszeugnissen der deportierten Kinder am 13. April eintreffen und insgesamt 10 Tage zur Verfügung stehen. Bisher kamen über 160.000 Besucher in die Ausstellungswagen, die auf dem Weg zur Gedenkstätte Auschwitz sind. Neben dem Berliner Hauptbahnhof sind Stationen an den ehemaligen Berliner Deportationsgleisen vorgesehen (Westhafen und Grunewald). Mehr als 4.600 Kinder und Jugendliche wurden aus Berlin mit der „Reichsbahn“ verschleppt. Aus den Vernichtungslagern kehrten sie nicht zurück.

Die Sperrung des Berliner Hauptbahnhofs erfolgt im Anschluss an ein Schreiben des DB-Vorstandsmitglieds Dr. Otto Wiesheu (CSU, DB-Vorstand Wirtschaft und Politik). Wiesheu teilte mehreren Bundestagsabgeordneten jetzt schriftlich mit, dass die Bahn AG den „Zug der Erinnerung“ weiterhin mit Gebühren belegen werde. Der Zug muss pro Bahnkilometer rund 3,50 Euro, pro Abstellstunde 5,00 Euro und pro Ausstellungstag für das Gedenken 450 Euro zahlen. Insgesamt erwartet die private Bürgerinitiative DB-Rechnungen in Höhe von über 100.000 Euro. Laut Wiesheu ist das Gedenken („Inanspruchnahme der Eisenbahninfrastruktur“) ohne Einschränkung „kostenpflichtig“. Eine Bitte um Stundung der Forderungen hat die Bahn AG kategorisch abgelehnt.

In seinem Schreiben weist Wiesheu den Appell von Abgeordneten sämtlicher Bundestagsparteien zurück, die sich am 15. Januar 2008 an den Vorstandsvorsitzenden Dr. Hartmut Mehdorn gewandt hatten. Mehdorn war fraktionsübergreifend vorgeschlagen worden, die verlangten Kosten für das Gedenken einzuziehen, aber durch eine Spende in gleicher Höhe zu neutralisieren. Wie Wiesheu jetzt schreibt, werde sich die Bahn AG dem „massive(n) öffentliche(n) Druck“ „nicht beugen“.

An die Bahn AG hatten u. a. die Bundestagsvizepräsidentin Karin Göring-Eckardt, mehrere Ministerpräsidenten (Peter Müller, Saarland; Dieter Althaus, Thüringen), ganze Landtagsfraktionen, Oberbürgermeister aus fast sämtlichen Bundesländern, sowie christliche und jüdische Repräsentanten appelliert.

„Den mit der Reichsbahn deportierten Opfern muss an zentralen Stellen der deutschen Hauptstadt gedacht werden dürfen“, sagt der Vorstandssprecher des Vereins „Zug der Erinnerung“. „Diese zentralen Orte sind der Berliner Hauptbahnhof, der ehemalige Deportationsbahnhof Berlin-Grunewald, sowie sämtliche anderen in Berlin angemeldeten Bahnhöfe des Gedenkens.“

Zug der Erinnerung e.V. ■

info @zugde.eu, http://zug-der-erinnerung.eu

Bankverbindung für Spenden: Kreissparkasse Köln, Kto.-Nr.: 0352 550 392 BLZ: 370 502 99
Der Verein ist als gemeinnützig anerkannt.

Volxabstimmung

Rechtsextreme Unterwanderungsversuche der Proteste gegen den EU-Reformvertrag

Angesichts rechtsextremer Unterwanderungsversuche der Proteste gegen den EU-Reformvertrag ist die Forderung nach Volxabstimmung und ein fortschrittliches, linkes NEIN zum EU-‚Reform‘ vertrag nötiger denn je!

Zur Faktenlage

WIEN. Samstag den 29. März organisiert die Plattform ‚Neutralität retten: Nein zum EU-Vertrag‘ ihre Demo und Kundgebung. Die Teilnahme – aus mehreren Bundesländern – ist rege. Am Ende werden es etwa 7000 Personen sein (die Polizei spricht von 5000 – was mir als eine zu geringe Schätzung erscheint). Unterschiedliche Gruppierungen sind zu erkennen. Die Stimmungslage ist ‚vage‘, vordergründig ‚unpolitisch‘ (gegen ‚die in Brüssel‘ und die ‚da oben‘).

Bereits bei der Oper um 13 h bietet sich allerdings ein gespenstischer Anblick: ein klar zu erkennender Neonazi-Block hat Aufstellung genommen. Dunkel bzw. Schwarz gekleidet – sozusagen ein brauner ‚schwarzer Block‘ – schart sich um das Transparent ‚Wir sind das Volk‘. Gipfel der Provokation: Ein riesiges Transparent in ‚gotischer‘ Schrift: ‚Freiheit für Gerd Honsik‘ (den wegen

Wiederbetätigung einsitzenden Neonazi). Obwohl sichtbar bis zum Geht-Nicht, schreiten weder die OrganisatorInnen der Demo, noch die Exekutive ein.

Vor dem Hotel Sacher – also dort wo 1965 der Antifaschist Ernst Kirchweger von einem Neonazi ermordert wurde – platzt mir der Kragen. Ich mache – als Beobachter der Demonstrant und als Journalist – einen Einsatzleiter der Exekutive auf den rechtsextremen Mummenschanz aufmerksam. Er erklärt sich zuerst für ‚nicht zuständig‘ , verweist auf die ‚Meinungsfreiheit‘, telephoniert mit einem Höhergestellten... Es passiert nix.

Der Block der Neonazis ist inzwischen größer geworden (mindestens 50 Leute) und skandiert – in typisch sozialdemagogischer Manier (siehe ihre Unterwanderung der Anti-Hartz IV-Proteste in der BRD) lauthals: ‚Gegen System und Kapital: Widerstand NATIONAL!‘ –

Mir läuft einer der Organisatoren der Demo über den Weg, den ich auf die Nazi-Provokation aufmerksam mache. Er argumentiert, dass die ‚Bewegung eben breit sei‘ (sic!) und unternimmt nichts. Die Neonazis können ungehindert bis zum Stock-im-Eisen-Platz mitmarschieren.

Bei der Abschlusskundgebung am Stock-im-Eisen-Platz macht sich eine Gruppe junger Leute über den penetranten Austro-Patriotismus lustig: ‚Heimat im Herzen – Scheiße im Hirn‘. Sofort (!)

→

greift die Exekutive ein, hält sie fest, nimmt Personalien auf... Erneut mache ich einen Einsatzleiter der Exekutive auf das ‚geteilte Recht' aufmerksam. Vergeblich....

Zum Charakter von ‚Neutralität retten: Nein zum EU-Vertrag'

Die HauptrednerInnen der Kundgebung argumentierten im Wesentlichen formal demokratisch: Notwendigkeit einer Volksabstimmung – wenn auch stark nationalistisch: ‚die da in Brüssel', ‚Zwangsdiktat'. Weder bei den Reden, noch bei den Transparenten gab es fortschrittliche Positionen, etwa die Gefährdung der sozialen Rechte, des Streikrechts...

Politisch dumpf (anders etwa als bei den großen Demos gegen Hainburg oder Zwentendorf) wurden ‚Volksverräter' angeprangert. Kein Wunder, dass Haider, Westentaler, Strache & Co. mit von der Partie waren.

Politische Schlussfolgerungen

Fatal wäre es, aus dem schrecklichen Umstand, dass rechtsextreme Rattenfänger sich breit zu machen versuchen, kurzzuschließen, dass man/frau von dem Thema EU-Vertrag ‚nun die Hände lassen muss' und mit den neoliberalen Apologeten mitzuheulen. Solch ein politischer Kotau vor dem Establishment wäre ein Bärendienst und würde den Rechten und Rechtsextremisten geradezu in die Hände spielen: Sie könnten sich dann zum Artikulator der – ja durchaus berechtigten Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsteile – aufschwingen.

Ganz im Gegenteil, ist es daher nötiger denn je, das Thema fortschrittlich links zu besetzen: VOLXABSTIMMUNG, weil so eine kardinale Frage wie der EU-Reformvertrag (de facto eine Verfassung) nur vom ‚Souverän', also der Bevölkerung und nicht bloß vom Parlament entschieden werden darf; und klare inhaltliche Positionierung: ‚Nein zum Europa der Konzerne und Generäle', also Nein zu Sozialabbau, Gefährdung des Streikrechts, Militarisierung und Krieg (Tschad!). Und JA zu einem Europa ‚von unten' – einem sozialen, solidarischen Europa ohne Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Genauso wird unser AKTIONSTAG am 5. April aussehen (Treffpunkt 13 Uhr Wien-Westbahnhof, gemeinsamer Zug zum Parlament; 15 Uhr Menschenkette)!

Hermann Dworczak
(PLATTFORM VOLXABSTIMMUNG über den EU-Reformvertrag) ■

Unser Europa ist das nicht!

Aachen. Am Donnerstag, 1. Mai 2008 sind in Aachen breite Proteste anlässlich der diesjährigen Karlspreisverleihung geplant. Den Karlspreis 2008 erhält Angela Merkel laut Karlspreiskuratorium für ihre „ebenso tatkräftige wie umsichtige und integrierende Politik des EU-Ratsvorsitzes" zur „Würdigung ihres herausragenden Beitrags zur Überwindung der Krise der EU und in Anerkennung richtungweisender Entscheidungen zum Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses" und „für ihren bahnbrechenden Beitrag zum europäischen Grundlagenvertrag, ihre integrierende und menschliche, zugleich bestimmende und zielorientierte Verhandlungsführung, für ihre kluge Diplomatie und ihr engagiertes Auftreten für die Vertiefung der europäischen Integration". Die Laudatio hält Nicolas Sarkozy.

Die VVN/BdA in NRW hat auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz www.nrw.vvn-bda.de/texte/0389_ldk_materialien.htm den „EU-Reformvertrag" entschieden zurückgewiesen: „Statt der EU eine Verantwortung für eine friedliche Entwicklung in der Welt zuzuschreiben, legt der aktuelle EU-Reformvertrag eine ständige Aufrüstung fest, ferner den Einsatz von EU-Kampftruppen und einen eigenen Militärhaushalt. Zu diesem Vertrag sagen wir Nein!"

Der linke EU-Abgeordnete Tobias Pflüger führt aus, dass der EU-Verfassungsentwurf gescheitert sei, liege nicht an dumpfem Skeptizismus der Menschen, wie das Karlspreisdirektorium es darstelle, sondern daran, dass die marktradikale Politik, die darin festgeschrieben werden soll, von vielen ebenso abgelehnt wird wie die vorgesehene Pflicht zu militärischen Aufrüstung.

„Leider hat das Karlspreisdirektorium recht, wenn es schreibt, beim EU-Reformvertrag, für den sich die Kanzlerin eingesetzt hat, sei zwar die Bezeichnung

Verfassung fallengelassen, ... ‚wesentliche Inhalte des Entwurfs jedoch weitgehend bewahrt' worden", so Pflüger.

Der Historiker Prof. Wolfgang Dreßen führt aus, dass die Bundeskanzlerin den Preis in völliger Übereinstimmung mit der Tradition des Karlspreises erhält: „Die Nationalsozialisten strebten ein deutsch dominiertes Europa an, gegen die ‚Feinde aus dem Osten', in Konkurrenz zu einem ‚angelsächsischen' Imperialismus. ... Nach dem verlorenen Krieg sollte der Karlspreis einen ‚abendländischen' Reichsgedanken propagieren, der, scheinbar unbelastet vom Nationalsozialismus, wiederum ein ‚starkes' Europa einforderte."

Die aktuellen Kriegsbeteiligungen Deutschlands, der Ausbau deutscher Präsenz in Osteuropa, die neu aufgelegten Verharmlosungen der NS-Zeit („auch die Deutschen sind Opfer"), die Hetze gegen die Muslime wiederum „aus dem Osten", die Unterstützung revanchistischer Pläne gegenüber Polen und Tschechien zeigten: „Die Bundeskanzlerin ist eine würdige Preisträgerin."

Der Karlspreis und die Karlspreisverleihung sind eine alljährliche Kampfansage an Demokratie und Frieden. Wir wollen öffentlich zeigen, dass die Symbolik des rückwärtsgerichteten Karlspreises nicht unwidersprochen und widerstandslos hingenommen wird. Die VVN/BdA schließt sich den Protestaktionen gegen den Karlspreis und gegen die Karlspreisverleihung an.

VVN-BdA Aachen ■

Termine:
Konferenz zum Euromayday in Aachen, **Freitag 11. April 2008**, 20.30 Uhr, Samstag, 12.4. 11-17 Uhr, B-4020 Liege, Nachhilfeschule „Las Chicas", Place Sainte Barbe mit Valery Alzagua (justice for janitors), Alex Foti (Radical Europe), Toni Negri (Philosoph und politischer Theoretiker), Javier Toret (indymedia Estrecho) und Aktivisten des Netzwerks Euromayday Aachen/Lüttich.
Mittwoch, 16.4.2008: Schluss mit Lohnraub, Sozialdumping und Privatisierungswahn. Linke Alternativen zur neoliberalen Reichtumspflege. Mit Sahra Wagenknecht, MdEP, Kommunistische Plattform in der Linkspartei, 19 Uhr Aachen, Dammstr. 40, Kurparkterrassen
Sonntag, 27.4.2008: Film und Vortrag: Europa – ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts? Auch für Flüchtlinge? 19 Uhr Aachen, An der Schanz 1 - Welthaus
Mittwoch 30.4.2008: Unser Europa ist das nicht! 19 Uhr, Aachen, Ort wird noch bekanntgegeben. mit Alex Foti (Euromayday, Radical Europe, Mailand), Xavier Renou (Les Désobéissants, Paris), Vera Polycarpou (AKEL, Zypern), Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen, MdEP), Prof. Wolfgang Dreßen (AK Rechtsextremismus FH Düsseldorf)
Maidemonstration des DGB, Donnerstag, 1. Mai 2008, 10 Uhr, Aachen, Dennewartstr. 17, DGB-Haus. **Karlspreisprotest:** 10.45 Uhr, Aachen, Bücherplatz (Ecke Ursulinerstr./Buchkremerstr.) und anschließend Marktplatz; Parade der MigrantInnen und des Prekariats: 12.30 Uhr, von Großkölnstr. zum Hof, dort Abschlusskundgebung „Euromaydayparty" bis gegen 22:00 Uhr.
Infos: http://www.euromayday.org

„Der Krieg der Bosse“

Oder: Gelder vom Arbeitgeberverband für Rechtsradikale

In Frankreich bekriegen sich der Metall-Arbeitgeberverband und das übrige Arbeitgeberlager in aller Öffentlichkeit, die Presse spricht vom „Krieg der Bosse“ (la guerre des patrons). Dabei kommen einige pikante Enthüllungen ans Tageslicht: „Schwarze Kassen“, Finanzierung rechtsradikaler Gruppierungen in den siebziger Jahren oder überhöhte Abfindungszahlungen an straffällig gewordene Arbeitgeber.

Aufgrund des Öffentlichwerdens der Existenz einer „schwarzen Kasse“ des Metall-Arbeitgeberverbands (UIMM), die seit dem Jahr 1972 existiert und in der sich derzeit 600 Millionen Euro befinden sollen, knallt es zur Zeit zwischen der UIMM oder Union des industries et métiers de la métallurgie und dem zentralen französischen Arbeitgeberverband MEDEF. Hinter den Kulissen spielt sich ein heftiger Machtkampf zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen ab. (Vgl. http://www.labournet.de/internationales/fr/schmidbosse.html) Interessant im Zusammenhang mit dem thematischen Schwerpunkt unserer Zeitschrift sind einige Informationen, die vor dem Hintergrund dieses schwelenden Konflikts soeben publik wurden.

Gelder für Rechtsradikale

Auf einem Nebenkriegsschauplatz des „Kriegs der Bosse“ wurde in den letzten Wochen eine Reihe von Enthüllungen zum Finanzgebaren der UIMM getätigt. Es war die konservative Tageszeitung ‚Le Figaro‘, die am 4. März 2008 zuerst mit der Information herausrückte: In den siebziger Jahren habe der Metall-Arbeitgeberverband diverse, auch anrüchige Gruppierungen finanziell unterstützt – darunter auch offen rechtsradikale. Die rechtsextremen Schlägergruppen GUD (Groupe Union - Défense), Occident und Ordre Nouveau hätten im Jahr 1974 über den Metall-Arbeitgeberverband Gelder zugesteckt bekommen, um ihre Aktivisten dazu zu animieren, Wahlplakate für den damaligen konservativ-liberalen Präsidentschaftskandidaten Valéry Giscard d’Estaing zu kleben. Im Hintergrund steht die damalige Spaltung der bürgerlichen Rechten: Die Gaullisten oder Spätgaullisten unter Jacques Chaban-Delmas, die über eine starke und durchstrukturierte Partei verfügten, standen den Rechtsliberalen unter Giscard d’Estaing als Konkurrenten gegenüber. Giscard d’Estaing verfügte nur über mitgliederschwache Honoratiorenparteien, die ohne oder gar gegen die Gaullisten kaum zu einer breiteren Mobilisierung in der Lage waren. Also griff Giscard d’Estaing auf rechtsradikale Aktivisten als Ersatztruppen zurück.

Diese Information (die inzwischen von niemandem mehr ernsthaft dementiert wird) bestätigt zwar nur, was in groben Zügen spätestens seit dem Buch von Frédéric Charpier aus dem Jahr 2005 – ‚Génération Occident‘, das rechtsradikale Studentengruppen der sechziger und siebziger Jahre behandelt 2 öffentlich bekannt war. Aber noch nie waren die Vermutungen bezüglich einer möglichen Arbeitgeberfinanzierung solcher Gruppierungen gar so offen bestätigt worden. Und bisher hatte man auch keine direkte Verbindungslinie zum mächtigen Metall-Arbeitgeberverband UIMM gezogen, sondern eher kleinere Strukturen wie etwa die damalige arbeitgeberfinanzierte, antikommunistische Propagandazelle ‚Est-Ouest‘ am Werk gesehen.

Nur an einem Punkt dürften die veröffentlichten Informationen fehl gehen: Die rechtsradikale Prügeltruppe Occident kann die UIMM kaum im Jahre 1974 finanziell gefördert haben, denn diese Vereinigung wurde im Juni 1968 gesetzlich verboten. Ihre Nachfolgegruppe wurde Ordre Nouveau (Neue Ordnung), die laut Autor Frédéric Charpin vor allem in den frühen siebziger Jahren durch hochrangige Polizeifunktionäre und Geheimdienstler im Rahmen einer „Strategie der Spannung“ indirekt unterstützt wurde.

Im Unterschied zum späteren parteipolitisch strukturierten Rechtsradikalismus – besonders in Gestalt des Front National (FN) unter Jean-Marie Le Pen – verfügten diese vor allem von Jungmännern gebildeten Gruppierungen aber über keine festgefügte rassistische Ideologie, die etwa Anknüpfungspunkte zur Blut und Boden-Mythologie der Nazis besessen hätte.

Vielmehr zeichneten diese, im Kontext der französischen Kolonialkriege entstandenen, Gruppen sich vor allem durch Gewalt und durch ein rudimentäres Denken – die Gegnerschaft zum „weltweiten Kommunismus“ und zur Entkolonialisierung, und die Unterstützung pro-westlicher Militärregime - aus. Deshalb konnten einige ihrer führenden Mitglieder später auch zu Konservativen oder Liberalen werden, da keine strukturierte eigene Ideologie sie daran hinderte, in deren Lager „überzulaufen“.

Aus den Reihen von Occident und ihrer Nachfolgegruppen kommen etwa Alain Madelin, der in den achtziger und neunziger Jahren zeitweise als Wirtschaftsminister amtierte, oder der frühere Regionalpräsident von Lothringen, Gérard Longuet. Auch der Generalsekretär von Nicolas Sarkozys Regierungspartei UMP, Patrick Devedijan, kommt aus dieser Ecke. Dass diese Köpfe just 1974 – im Jahr des Präsidentschaftswahlkampfs Giscard d’Estaings – zur bürgerlichen Rechten stießen, war bislang schon bekannt.

Dass ihre neue Aktivität als Hilfstruppen und Plakatekleber der Bürgerlichen im Wahlkampf ihnen damals durch dicke Zahlungen aus Arbeitgeberkassen versüßt worden ist, galt schon seit langem als wahrscheinlich. Nun ist es aber sozusagen amtlich.

Bernhard Schmid, Paris ■

Rechtsterrorismus, ein Häuflein Irre oder Gurkentruppe?

Zum Auftauchen der ‚Fraction Nationaliste Armée Révolutionnaire‘ im Pariser Umland

Auf den ersten Blick ähnelt das Bekennerschreiben, ein eng bedruckter Brief im Bleiwüstenformat, entfernt dem optischen Stil uralter Briefchen von der früheren westdeutschen RAF. Oben prangt ein fünfzackiger Stern vor rotem Hintergrund, vor dem allerdings nicht eine Maschinenpistole wie bei der RAF, sondern eine waagerecht aufgestellte Kalaschnikow abgebildet ist. Davor prangen die Buchstaben der Abkürzung, den sich die Organisation als Namen für ihre Combo gegeben hat: Nicht R – A – F in diesem Falle, sondern F – N – A – R. Allerdings hört der Spaß spätestens dann auf, sobald man einen Blick darunter wirft – auf den Rest des Blatts Papier, das als Bekennerschreiben dienen soll und bei der Redaktion der Pariser Regenbogenzeitschrift ‚Paris Match‘ (abgedruckt in ihrer Ausgabe vom 20. März 08) eingegangen ist.

Dort entziffert man zunächst den vollen Organisationsnamen, und dieser lautet ‚Fraction Nationaliste Armée Révolutionnaire‘ (FNAR oder Fnar). Also „Revolutionäre Bewaffnete Nationalistische Fraktion“. Da es sich um eine Gruppe oder ein Grüppchen aus dem französischen Kernland handelt und mitnichten aus einem Gebiet, dessen Bewohner sich aus guten oder auch schlechten Gründen für irgendwie unterdrückt oder marginalisiert halten könnten (von französischen Restkolonien bis hin zur Mittelmeerinsel Korsika), hat das Ganze also schon hier einen unverkennbar rechten Anklang. →

Noch unangenehmer wirkt die ganze Sache, wenn man sich den Inhalt von Aktionen – zu denen sich bekannt wird – und Forderungen anschaut. Die Überschrift des Bleiwüsten-Bekennerschreibens lautet: „Warum jagen wir die Radarfallen in die Luft?“ Das wirkt zunächst einmal bloß durchgeknallt. Ist es aber nicht, jedenfalls ist es als materielle Drohung durchaus ernst zu nehmen (was noch keine Aussagen über den Inhalt hinter der „Aktionsform“ zulässt, der selbstverständlich dennoch verrückt ausfallen kann). Denn die fragliche Combo hat tatsächlich in den letzten Monaten, seit Juni 2007, acht Zerstörungen von Radarfallen im Straßenverkehr durch Sprengstoff sowie zwei versuchte, aber misslungene Anschläge solcher Art verübt. Der letzte (gescheiterte) Versuch, eine Radarfalle explodieren zu lassen, ereignete sich in der Nacht vom 2. zum 3. Februar dieses Jahres in dem Kaff Puiseux-le-Hauberger, im Département Oise (Region Picardie, ein paar Dutzend Kilometer nördlich von Paris). Tatorte der wohl meistens nächtlich begangenen Anschläge waren Landstraßen in den Départements Oise (Bezirkshauptstadt Beauvais, nördlich von Paris), Val-d'Oise (Hauptstadt Cergy-Pontoise, in derselben Richtung aber näher an Paris) sowie Les Yvelines (Haupstadt Versailles, westlich von Paris). Alle „Aktionen“ fanden also im, weitläufigeren, Pariser Umland statt.

Bis dahin klingt die Sache nach „Freie Fahrt für freie Bürger“, was ohnehin schon eine reaktionäre und sozialdarwinistisch fundierte Parole ist, für die sich laut geschichtlicher Erfahrung in der Regel auch entsprechende Akteure (von der hessischen CDU im 1987er Landtagswahlkampf, wo die Parole entstand, bis zur schweizerischen rechtspopulistischen „Autopartei“) mobilisieren ließen. Aber auch dabei bleibt es nicht, es kommt alles noch viel schlimmer.

In ihrem Bekennerschreiben droht die unbekannte Gruppierung unverhohlen: „Trotz der acht (vollzogenen) und zwei versuchten Zerstörungen hat die Regierung uns nicht ernst genommen, und deshalb werden wir gezwungen sein, für Personen wesentlich gefährlichere Ziele auszuwählen und Apparate mit größeren Verletzungsfähigkeiten auszuwählen.“ (Der Stil wirkt im Original einigermaßen gestelzt.) Nunmehr kündigt die Gruppierung nicht mehr nur an, ein Lösegeld in Höhe von 4 Millionen Euro – als angebliche Antwort auf die „Erpressung“ in Gestalt von Bußgeldzahlungen für zu schnell fahrende Autofahrer, die dank der Radarfallen erwischt werden – zu fordern. Sondern zusätzlich erhebt sie nun auch noch „politische“ Forderungen.

Nach einer Prise eher plumper Sozialdemagogie (so wird gefordert, „die Macht der Regierung über die Wirtschaftsbosse“ zu gewährleisten „und nicht umgekehrt, wie es derzeit der Fall ist“, aber auch auf „die finanzielle Gesundheit der Konzerne“ zu achten) fährt der Bekennerbrief dann mit folgenden Forderungen fort: „Der totale Stopp der Immigration (Einwanderungsstopp) und die Zurücksendung sämtlicher Illegalen. Wir sind keine Rassisten, aber wir denken, dass Frankreich seine keltische und griechisch-römische Kultur sowie seine christliche religiöse Vorherrschaft bewahren muss. Wir fügen hinzu, dass die Einwohner der französischen Überseegebiete und -bezirke (Anmerkung d. Verf.: Antilleninseln, La Réunion...) vollwertige Franzosen sind und es nicht auf die Hautfarbe ankommt.“ Noch dazu wird „ein großes Programm zur Steigerung der französischen Geburtenrate“, also eine so genannt natalistische Politik, gefordert.

Bei den letzten wiedergegebenen Absätzen, die auf nicht gar zu plumpe Art und Weise formuliert worden sind, handelt es sich um Programmpunkte, die aus Schriften des Front National (FN) oder generell einer „etablierten“ rechtsextremen Kraft zitiert worden sein könnten. Tatsächlich hat man sich bei diesen Kräften in jüngerer Vergangenheit intensiv Gedanken darüber gemacht, wie man die so genannte „eigene kulturelle Identität“ Frankreichs begründen könnte. Und kam dabei (angesichts der Unmöglichkeit einer fundamentalen Einigung zwischen Fundamentalkatholiken und rassistischen Neuheiden, die in der französischen extremen Rechten miteinander koexistieren) auf eine Kompromissformel: einen Mix aus „griechisch-römischen und keltischen /‚indoeuropäischen‘, vorchristlichen Wurzeln und Jahrhunderten christlich-katholischer Kultur“. Dieser Cocktail soll allen, den auf das Keltentum oder ‚La Grèce‘ (das vorchristliche, antike Griechenland) schwörenden Neuheiden ebenso wie den auf das Christentum abfahrenden Nationalkatholiken, etwas anbieten. Jedenfalls Spurenelemente davon finden sich auch in dem Geschreibsel der „FNAR“-Combo, die man ansonsten auch für Wirrköpfe halten könnte.

Auch fand im Oktober 2007 eine Polemik innerhalb der extremen Rechten rund um die Frage statt, ob schwarze Staatsbürger aus den französischen Überseegebiete sozusagen „richtige“ Franzosen seien (was Marine Le Pen befürwortete). Es deutet also zumindest etwas darauf hin, dass die Urheber des Bekennerschreibens nähere Kenntnis von den Debatten der extremen Rechten haben könnten. Gleichzeitig aber ist – aus Sicht einer relativ „etablierten“ Partei wie es FN – ihr Aktionsmodus wenig Erfolg versprechend, auf zu geringe Massenwirksamkeit ausgelegt oder schlicht Zeitverschwendung.

Die Polizei – die nach den hinter der ‚FNAR‘ steckenden Mitgliedern fahndet – vertritt die Auffassung, dass die Gruppierung mit ihren (technischen) Vorgehensweisen und ihren Drohungen durchaus ernst gemeint sei. Zugleich ist ihr „Operationsgebiet“ bisher geographisch ziemlich eng beschränkt, auf drei Départements im weiteren Pariser Umland.

Handelt es sich also um eine Gurkentruppe von militant gewordenen Dorfdeppen? Um eine Handvoll Irre? Oder doch um Hobbyterroristen mit ernst zu nehmendem rechtem (rechtspopulistischem bis rechtsextremem) Hintergrund, einer halbwegs ausformulierten Ideologie und möglicherweise mit Erfahrung in politischer Aktion?

Dies wird wohl die nähere Zukunft erweisen müsse, falls man es denn erfährt. Sicher ist, dass „etablierte“ rechtsextreme Parteien wie der FN – die in Zeiten ihres Höhenflugs auch manchen Durchgeknallten als „Durchlauferhitzer“ dienen konnten, wofür der FN aber heute i.d.R. keine genügend stabile Mitgliederstruktur aufweisen dürfte – eventuell im Bann seiner „Ideen“ stehende Hitzköpfe kaum zu kontrollieren vermag.

Als „aufsteigende“ Partei schien der FN gefährlich. Aber auch in seiner jetzigen Looserphase, wo er manche durchgeknallten Fans freisetzen könnte, sorgt er für ungute Erscheinungen. Falls die (organisierte) extreme Rechte denn, von nahe oder von fern, etwas mit den Radarfallenbombern zu tun hat.

Bernhard Schmid, Paris ■

Neue Ausgabe „Kein Bock auf Nazis“ ist erschienen*

Im Rahmen der Kampagne „Kein Bock auf Nazis“ haben das apabiz und das AIB 250.000 Exemplare der zweiten Ausgabe der erfolgreichen SchülerInnen-Zeitung drucken lassen. Die Zeitung bietet neben leicht verständlichen Texten zu verschiedenen Aspekten des heutigen Rechtsextremismus – Rechtsrock, rechter Lifestyle und die Versuche der Rechten, in soziale Bewegungen Fuß zu fassen – vor allem Tipps, wie junge Menschen selbst aktiv gegen Nazis werden können. Die Zeitung ist achtseitig und komplett farbig und vor allem dazu gedacht, an Schulen und in Jugendklubs ausgelegt oder verteilt zu werden. Auch eine neue DVD ist in Arbeit.

Nähere Infos und aktuelle News sind auf der Homepage http://www.keinbockaufnazis.de oder bei http://myspace.com/keinbockaufnazis_ zu finden. Gegen eine Portokostenpauschale von 10 Euro werden entweder 200 oder 400 Exemplare an SchülerInnen-Vertretungen, Jugendklubs, Initiativen und Projekte geschickt. Für eine Bestellung schicken Sie bitte eine Mail mit Ihrem Namen, Postadresse (keine Postfächer!), der gewünschten Stückzahl und den Daten des Kontos, von dem die 10 Euro überwiesen wurden (bitte mit Verwendungszweck: „Spende Kein Bock auf Nazis“), an_kban@apabiz.de. Sobald das Geld eingetroffen ist, wird ein Paket fertig gemacht, dem auch zusätzliches Material wie weitere Broschüren, Flyer und Aufkleber beigelegt ist.

apabiz e.V., Lausitzer str. 10, 10999 Berlin,
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 250 00, Kto.Nr. 3320800

Gegen die Praxis der Botschaftsvorführungen! Freiheit für Tschabagnan Ayeva!

MANNHEIM. Am 25. März versammelten sich 40 Leute in Mannheim zu zwei Kundgebungen sowie einer Spontandemo, um gegen die Inhaftierung und die drohende Abschiebung von Tschabagnan Ayeva zu protestieren sowie gegen die Praxis der Botschaftsvorführungen. Tschabagnan Ayeva wird seit Anfang Fe-bruar im Abschiebeknast gefangen gehalten. Festgenommen wurde er, weil er mehrmals bei dem Abholtermin für eine Sammelanhörung bei der togolesischen Botschaft nicht im Asylheim war. Bei Botschaftsvorführungen werden Flüchtlinge, die nicht abgeschoben werden können, weil ihnen die Dokumente fehlen, mit Drohungen, Sanktionen bis hin zu Abschiebehaft gezwungen, bei einer Delegation ihres Herkunftslandes zu erscheinen. Diese dienen dem Zweck, dass dem oder der Asylsuchenden „Heimreisepapiere“ ausgestellt werden um ihn/sie möglichst schnell abzuschieben. Die oft äußerst fraglichen Delegationen erhalten dabei pro ausgestellte Papiere bis zu mehreren hundert Euro von den deutschen Behörden.

Die erste Kundgebung fand auf dem Paradeplatz statt. Dort hielt als erstes der Bruder des Gefangenen einen Redebeitrag, danach folgten zwei weitere zum Thema Botschaftsvorführungen und Abschiebepolitik im Allgemeinen. Der Kundgebung am Paradeplatz, die von einem überzogenen Polizeiaufgebot (einschließlich Gefangenentransporter und Pferden) überwacht wurde, folgte eine Spontandemo zur Justizvollzugsanstalt, in der auch der Abschiebeknast untergebracht ist. Dort gab es wieder Redebeiträge und Parolen, die von „Freiheit“-Rufen hinter der grauen mit Stacheldraht gesicherten Mauer zum Abschiebetrakt ergänzt wurden.

Für alle Interessierten die Adresse der Behörde, die für die Abschiebung von Ayeva Tchabagna verantwortlich ist. Schickt Faxe, ruft an, fordert die Freilassung von Ayeva Tchabagna: Regierungspräsidium Karlsruhe / Landesaufnahmeeinrichtung Aussiedler/ Spätaussiedler, Durlachallee 100, 76137 Karlsruhe, Zentrales Fax: 0721-694755.

Kommunal-Info Mannheim 7-2008 ■

Flüchtlingsfrauen brauchen besondere Solidarität

HANNOVER. Aus Anlass des Internationalen Frauentages verweist der Flüchtlingsrat Niedersachsen auf die schwierige Lage der Flüchtlingsfrauen. Nach wie vor sind 80 Prozent aller Flüchtlinge auf der Welt Frauen und Kinder. Ihr Anteil an den Flüchtlingen in Westeuropa beträgt jedoch nur etwa ein Drittel.

Viele verfolgte Frauen kommen durch die europäische Abschottung gar nicht bei uns an: mangelnde finanzielle Ressourcen und Unterstützung, eine untergeordnete gesellschaftliche Rolle, die Verantwortung für die Kinder sind nur einige hiervon. In Indien ist die Zahl der Witwenverbrennungen beispielsweise ungebrochen hoch, dennoch stellten im Jahr 2006 nur 17 Frauen aus Indien einen Asylantrag.

Deutlich verbessert hat sich die Anerkennungspraxis durch die im Jahr 2005 in Kraft getretene gesetzliche Regelung zur geschlechtsspezifischen und nichtstaatlichen Verfolgung. Dies ist auch auf eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für dieses Thema zurückzuführen, so Karin Loos vom Traumaprojekt des Flüchtlingsrates. Frauen, die in ihren Herkunftsländern keinen Schutz vor häuslicher Gewalt finden, können nun als Flüchtlinge anerkannt werden. Schwierig ist für die Frauen jedoch nach wie vor der Nachweis dieser Situation.

Auch drohende Genitalverstümmelung kann nach neuer Rechtslage zur Asylanerkennung führen. Zwangsprostitution wird jedoch bislang kaum als Asylgrund anerkannt: In den vergangenen drei Jahren sind dem UNHCR nicht mehr als fünf Fälle einer Gewährung des Flüchtlingsstatus für Opfer von Menschenhandel bekannt geworden.

Nach wie vor prekär ist die Situation langjährig geduldeter Frauen. Für Frauen mit mehreren Kindern, besonders für Alleinerziehende, ist es nahezu unmöglich, ein Einkommen zu erzielen, das sie unabhängig von Sozialleistungen macht. Gleiches gilt für alte, kranke, behinderte und schwer traumatisierte Frauen.

Weit gefasste Ausschlussgründe tun ein Übriges. So berichtet die Beratungsstelle für Frauen im kargah in Hannover von einem Fall, in dem eine junge Frau aus dem Iran deswegen kein Bleiberecht erhalten soll, „weil sie ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachgekommen ist“ sie hat sich in der Vergangenheit geweigert, Passbilder im Tschador von sich anfertigen zu lassen.

Noch ist unklar, wie in Fällen von Familientrennungen im Zuge von häuslicher Gewalt entschieden wird. Den Frauen und Kindern droht die Ablehnung des Bleiberechts, wenn Ausschlussgründe beim gewalttätigen Ehemann vorliegen und die Ehe noch nicht rechtskräftig geschieden ist. Hier besteht weiterhin erheblicher Nachbesserungsbedarf, wenn der politische Wille zur Berücksichtigung der besonderen Situation von Flüchtlingsfrauen auch bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung wirksam werden soll.

PM Flüchtlingsrat Niedersachsen zum Internationalen Frauentag 8. März 2008 ■

Gazale Salame: zerrissene Familie vereinen

Auf iherer Landesdelegiertenkonferenz wandten sich Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen entschieden gegen die Trennung der Familie von Ahmed Siala und Gazale Salame, die durch eine Abschiebung vor drei Jahren auseinander gerissen wurde. Die damals 24-jährige Gazale Salame wurde, im dritten Monat schwanger, zusammen mit ihrer eineinhalbjährigen Tochter am 10. Februar 2005 in die Türkei abgeschoben, während ihr Mann Ahmed Siala die beiden älteren Töchter in die Schule brachte. Seitdem ist die Familie zwangsweise getrennt. Gazale lebt zurzeit mit den beiden jüngeren Kindern in einer Vorstadtsiedlung in Izmir. Sie leidet laut Aussage der behandelnden Ärzte unter schweren Depressionen und ist suizidgefährdet. Die beiden älteren Töchter, die in Deutschland ohne ihre Mutter leben müssen, sind traumatisiert und müssen psychologisch betreut werden. Ahmed Siala und seine Frau Gazale Salame haben in Deutschland die Schule durchlaufen. Sie sprechen fließend deutsch und wären längst eingebürgert, wenn die Ausländerbehörde ihnen nicht die Aufenthaltserlaubnis entzogen hätte. Die beiden älteren Kinder gehen hier zur Schule. Der Familienvater hat eine Arbeitsstelle als Geschäftsführer eines Schlachtbetriebs und kann seine Familie mit seinen Einkünften ernähren. Ahmed Siala und Gazale Salame sind im Alter von sechs bzw. sieben Jahren mit ihren Eltern als arabischsprachige Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Libanon geflohen und in Deutschland aufgewachsen.

Innenminister Schünemann wirft ihnen vor, dass ihre Eltern bei der Einreise nicht gesagt haben, dass ihre Vorfahren aus der Türkei stammten und dass sie als Flüchtlinge mit der türkischen Staatsbürgerschaft bzw. mit einem Anspruch darauf im Jahre 1990, also vor 18 Jahren, zu Unrecht ein Bleiberecht erhalten hätten.

Wie immer der Fall ausländerrechtlich zu bewerten ist – eine rechtskräftige Gerichtsentscheidung steht nach dem erfolgreichen Ergreifen von Rechtsmitteln durch Ausländerbehörde und Landesregierung gegen die ursprünglich gerichtlich zuerkannte Wiedereinreise und Aufenthaltserlaubnis immer noch aus: Für uns steht im Vordergrund, dass Ahmed Siala und Gazale Salame unschuldige, minderjährige Kinder waren, als sie mit ihren Familien nach Deutschland flohen, und fast ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben. Mit der Abschiebung der beiden nach zwanzigjährigem Aufenthalt handelte die Landesregierung unverhältnismäßig. Ihr Verweis auf die Möglichkeit eines gemeinsamen Lebens in der Türkei ist insbesondere angesichts fehlender türkischer Sprachkenntnisse und eines gesicherten Lebensunterhalts in Deutschland

zynisch. Die Familie ist bei uns zuhause! Ausdrücklich verurteilen wir das Auseinanderreißen der Familie durch die Abschiebung. Das Grundgesetz stellt in Artikel 6 die Familie unter besonderen Schutz.

Bündnis 90/Die Grünen in Niedersachsen fordern die Landesregierung auf, sich für eine Rückkehr Gazale Salames und ihrer beiden kleinen Kinder aus der Türkei zu ihrem Mann und den beiden älteren Kindern nach Deutschland zwecks Familienzusammenführung einzusetzen.

Weiterhin fordern wir die Landesregierung auf, sich für eine Verlängerung der Ahmed Siala im Jahr 2001 entzogenen Aufenthaltserlaubnis und damit für die Wiederherstellung des rechtmäßigen Aufenthalts der Familie in Deutschland einzusetzen.

Dieser Aufruf wird unterstützt von: Kreisvorstand Hildesheim, Kreistagsfraktion Hildesheim, Thea Dückert (KV Oldenburg-Stadt), Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg),Thilo Hoppe (KV Aurich-Norden), Brigitte Pothmer (KV Hildesheim), Silke Stokar (RV Hannover), Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V., kargah e.V.

Quelle: Nds. Flüchtlingsrat ■

Starke Kundgebung und Unterschriftensammlung

SAALFELD. Am 31.3.08 organisierten die Flüchtlinge aus Katzhütte gemeinsam mit The VOICE eine Kundgebung in Saalfeld, um ihren Protest öffentlich zu machen. Sie nahmen die Möglichkeit wahr und sammelten mit ihren Freunden Unterschriften für die Schließung des Lagers in Katzhütte.

Anwesend waren etwa 50 Menschen, Flüchtlinge aus Katzhütte, Gehlberg und anderen Lagern sowie Voice-Aktivisten und (deutsche) SympathisantInnen. In fröhlicher Stimmung und bei gutem Wetter wurden die Saalfelder über die Situation in Katzhütte informiert, die Flüchtlinge zeigten Fotos aus „ihren“ GUs und redeten in verschiedenen Sprachen über ihre Erfahrungen, auch über die psychischen Krankheiten, an denen viele von ihnen durch das Leben im Lager Katzhütte leiden. So wurde über einen Mann aus Katzhütte berichtet, der mehrmals im Krankenhaus und Abschiebegefängnis war.

Andere erzählten, dass sie ihre Kinder mit der Kanne duschen, da ihr Badezimmer einfach 300 Meter von ihrem Zimmer entfernt ist und der Weg durch die Kälte zu Krankheiten führt. Nicht unerwähnt blieb auch das Problem mit Schimmel im Wohnzimmer eines Asylbewerbers und die Haltung der Landrätin, die der Forderung des Asylbewerbers nach Abhilfe ablehnend gegenüber steht.

Die Flüchtlinge fordern nach wie vor die Schließung des Lagers und dezentrale Unterbringung, unterstützt werden sie von etwa 300 SaalfelderInnen, die diese Forderungen der Asylheimbewohner unterschrieben. Die Zustimmung in der Bevölkerung war groß, so die Beobachtung vieler Unterschriftensammler. Manche sprachen mit uns über die Situation und erzählten uns, dass sie selbst in Katzhütte waren und die Lage persönlich kennen, sodass sie mit unserer Forderung einverstanden waren.

Insgesamt war es ein Erfolg für die Flüchtlinge in Katzhütte, die mit viel Spaß, Musik, Solidarität und Internationalität verbunden war. Die Asylbewerber versicherten, dass sie ihren Kampf bis zur Schließung des Lagers und der Erreichung dezentraler Unterbringung führen werden.

Quelle: caravane-info mailing list ■

Weniger Asylberechtigte, aber mehr Flüchtlinge in Deutschland

BERLIN. Die Zahl der Asylberechtigten in Deutschland sinkt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung (16/8321) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (16/8057) hervor. Waren es im Jahre 1997 insgesamt 177.339 Personen, so sind es nach Angaben der Bundesregierung zum Stichtag am 31. Dezember 2007 63.364 Personen. Davon hätten 92,1 Prozent unbefristete und 5,1 Prozent befristete Aufenthaltsrechte erhalten, heißt es weiter. Die Mehrzahl der Asylberechtigten sei in Nordrhein-Westfalen registriert.

Die meisten der Asylberechtigten, so die Bundesregierung, stammten aus der Türkei (26.411), gefolgt vom Iran (8.293) und Afghanistan (4.313). Dem gegenüber sei die Zahl der nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannten Flüchtlinge auf 62.564 Personen im Jahre 2007 gestiegen – 1996 lag die Zahl noch bei 25.398. Es wird aufgeführt, dass 74,4 Prozent der Flüchtlinge am Stichtag 31. Dezember 2007 befristete Aufenthaltsrechte besaßen und die Mehrheit aus dem Irak stammt. Gleichzeitig lebten bis zum 31. Dezember 2007 26.540 Personen in Deutschland, denen der Flüchtlingsschutz oder das Asylrecht aberkannt wurde. Die Bundesregierung schreibt weiter, dass 2007 insgesamt 9.617 Personen abgeschoben wurden, während es 1997 noch 38.205 Personen waren.

Quelle: stefan.kessler@jesuiten-fluechtlingsdienst ■

Verlängerung der Härtefallregelung gefordert

BERLIN. Auf einem bundesweiten Treffen am 17.3.2008 haben die Vertreter von PRO ASYL und der Landesflüchtlingsorganisationen, die in den Härtefallkommissionen sitzen, eine Verlängerung der Härtefallregelung (§ 23a Aufenthaltsgesetz) über 2009 hinaus gefordert.

Die gesetzliche Grundlage für die Härtefallkommissionen war bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes nur befristet bis Ende 2009 eingeführt worden. Die Härtefallregelung ermöglicht es, ausreisepflichtigen Ausländern aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen einen Aufenthaltstitel zu erteilen. Das Vorliegen eines Härtefalls wird von den Härtefallkommissionen festgestellt, die in allen Bundesländern eingerichtet worden sind.

Die Vertreter der Flüchtlingsorganisationen, die in den meisten Kommissionen vertreten sind, waren sich einig, dass eine Verlängerung über 2009 dringend notwendig ist. Mit fast jedem Fall, der durch den Wegfall der Härtefallregelung künftig ungelöst bliebe, verbinde sich ein dramatisches Schicksal. Wenn ausländerrechtlich alle Möglichkeiten ausgeschöpft seien, könne oft nur noch über die Härtefallregelung die Abschiebung verhindert werden. Die Härtefallregelung sei notwendig,

→

NEU ERSCHIENEN:

15. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folge

1993 bis 2007

Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend.
Sie fanden hier den Tod.

Die Dokumentation umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen, Mißhandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfaßt auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammellager und mehr. Die beschriebenen über 5000 Einzelgeschehnisse machen deutlich, daß die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden gegen Null läuft.

Ein Fazit der letzten 15 Jahre:
Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 370 Flüchtlinge ums Leben - durch rassistische Übergriffe starben 81 Flüchtlinge.

Die Dokumentation umfaßt 2 Hefte (16 + 3,20 Por to).
HEFT 1 (1993 – 1999) 6 ; plus 1,60 Porto
HEFT 2 (2000 – 2007) 11,40 ; plus 1,60 Porto

Antirassistische Initiative e.V. – Dokumentationsstelle
Haus Bethanien – Südflügel
Mariannenplatz 2 – 10997 Berlin
Fon 030 – 617 40 440 – Fax 030 – 627 05 905
eMail: ari-berlin-dok@gmx.de
Internet: www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

Weichenstellung

Die Militarisierung der EU-Außengrenzen

Die Militarisierung der EU-Außengrenzen mit gewöhnlich im Krieg eingesetzten Drohnen stand am Mittwoch, 12.3.08 bei einer EU-Ministerkonferenz zur Diskussion. Dazu gab es auf www.german-foreign-policy.com den im Folgenden dokumentierten Beitrag.

Der Plan, Flüchtlinge in Zukunft auch mit unbemannten Luftfahrzeugen zu jagen, die ansonsten über Afghanistan oder dem Irak zum Einsatz kommen, ist Teil einer umfassenden Strategie der EU-Kommission. Sie führt bisherige deutsche Ansätze zur Flüchtlingsabwehr fort und beinhaltet drei verbundene Bereiche: die Hochrüstung der Grenze selbst, die Perfektionierung vorgelagerter „Grenzschutz"-Trupps und die großflächige Überwachung der grenznahen Meeresgebiete. Brüssel will die Totalkontrolle später „auf den gesamten maritimen Bereich der EU" ausdehnen und unter anderem Fischer bei ihrer Arbeit ausspionieren. Von den Milliardensummen aus dem EU-Haushalt, die in den kommenden Jahren zur Verfügung stehen, profitieren Hersteller der modernsten Repressionstechnologien. Sie sollen auch Mittel aus der vorgeblich zivilen Forschungsförderung erhalten. Während die Militarisierung der EU-Außengrenzen damit Industrie und Forschung immer stärker in ihren Sog zieht, fällt der deutsch-europäischen Flüchtlingsabwehr eine weiterhin zunehmende Zahl von Migranten zum Opfer. Erst in der vergangenen Woche strandeten erneut tote Flüchtlinge auf den Kanarischen Inseln.

Die EU-Ministerkonferenz zum „Management der EU-Außengrenzen" („Ministerial Conference on the Challenges of the EU External Border Management") hat am gestrigen Dienstag im slowenischen Brdo begonnen und wird am heutigen Mittwoch fortgeführt. Grundlage der Verhandlungen, die als „informelle Gespräche" firmieren und formelle Beschlüsse vorbereiten sollen, sind drei Papiere der EU-Kommission. Darin geht es nicht nur um praktische Maßnahmen zur Militarisierung der Grenze, sondern im Kern um eine Weichenstellung zu einer bislang ungekannten Totalkontrolle des gesamten Grenzgebiets. Die ersten definitiven Entscheidungen sind für das Treffen der EU-Innen- und Justizminister im Juni vorgesehen.

Fotos: www.borderline-europe.de

Grenzverwaltung

Eines der drei Themen, die in Brdo zur Diskussion stehen, ist die Hochrüstung der Grenze selbst. Mit einer „integrierten Grenzverwaltung" soll die Kontrolle aller Einreisewilligen an den Grenzübergängen intensiviert werden. Schon unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft ist die Einführung eines sogenannten Visa-Informationssystems (VIS) in Angriff genommen worden, mit dessen Hilfe „die Echtheit des Visums und die Identität des Inhabers" überprüft werden kann.[1] Dies wird unter Nutzung biometrischer Daten geschehen. Allein die Anschaffung der dazu benötigten Lesegeräte sowie entsprechender Personaldokumente leitet hohe Summen aus staatlichen und privaten Haushalten in den Aufbau der EU-Repressionsindustrie um. Brüssel will die teuren Vorhaben nun um ein „Einreise-/Ausreisesystem" ergänzen, das sämtliche Touristen (Aufenthalt in der EU: bis zu drei Monate) registriert und bei Aufenthaltsüberschreitung sofort reagiert – sogenannte Overstayer können dann unmittelbar zur polizeilichen Fahndung ausgeschrieben werden. Wie es bei der EU-Kommission heißt, kann das System „bis 2015 funktionsfähig" sein [2] und auch innerhalb der EU die Jagd nach unerwünschten Migranten auf neuem technologischem Niveau eröffnen.

Im Vorfeld der Grenze

Debattiert wird in Brdo auch über die Flüchtlingsjagd im Vorfeld der Grenze, für die seit Oktober 2005 die „Grenzschutz"-Agentur Frontex zuständig ist.[3] Frontex verfügt inzwischen über ein schlagkräftiges Instrumentarium, unter anderem ein „Zentralregister der verfügbaren technischen Ausrüstungsgegenstände" („Central Record of Available Technical Equipment", CRATE); es umfasst „über 100 Schiffe, ca. 20 Flugzeuge, 25 Hubschrauber und mehrere Hundert Grenzkontrollgeräte wie mobile Radareinheiten, Fahrzeuge, Wärmebildgeräte und mobile Detektoren".[4] Außerdem stehen „Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke" („Rapid Border Intervention Teams", RABIT) zur Verfügung. Die Mittelmeeranrainer der EU betreiben seit dem vergangenen Jahr ein „Europäisches Patrouillennetz" (EPN). Nach Auffassung der EU-Kommission werden die Frontex-Instrumente jedoch bislang nicht ausreichend angewandt. Mit ihrer Hilfe wurden in den Jahren 2006 und 2007 rund 53.000 Flüchtlinge aufgegriffen. Um die Quote zu erhöhen, strebt Brüssel nun den Abschluss von Kooperationsabkommen zwischen Frontex und sämtlichen Ländern an, aus denen die direkte Einreise in die EU auf dem Land- oder Seewege möglich ist.[5]

System der Systeme

Weitreichenden Charakter trägt das dritte Themenfeld, das in Brdo auf der Tagesordnung steht: Der Aufbau eines höchst komplexen „Europäischen Grenzüberwachungssystems" („European Border Surveillance System", EUROSUR). Es soll sämtliche Aktivitäten zur Abschottung der Grenze überwölben („System der Systeme") – wiederum mit Hilfe der modernsten Technologien. In zwei ersten Schritten fordert die EU-Kommission die Modernisierung und Ausweitung der nationalen Grenzüberwachungssysteme so-

---

→ um in Einzelfällen zu einer humanitären Entscheidung zu kommen.

Die Vertreter der Flüchtlingsorganisationen kritisierten zudem, dass die Härtefallregelungen in vielen Ländern zu restriktiv ausgestaltet seien. Die Liste der Ausschlussgründe sei so lang, dass die meisten potentiellen Härtefälle von vornherein keine Chance hätten. Bundesweit erhielten seit Bestehen der Härtefallregelung (1.1.2005) schätzungsweise 4.000 Personen eine Aufenthaltserlaubnis.

Hessen und Hamburg sind die Bundesländer, in denen die Petitionsausschüsse der Landesparlamente zugleich als Härtefallkommissionen dienen. Die Flüchtlingsorganisationen forderten Hessen und Hamburg auf, auch hier echte Härtefallkommissionen einzurichten. Das Schicksal der Betroffenen darf nicht von Entscheidungen entlang der Parteidisziplin abhängig gemacht werden. Wir brauchen offene Diskussionen und den fachlichen Austausch zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Vertretern in den Härtefallkommissionen.

Im Sinne der Betroffenen sollte die Verlängerung der Härtefallregelung frühzeitig vor der Bundestagswahl beschlossen werden.

www.fluechtlingsrat-berlin.de ■

wie einen intensiveren Einsatz von EU-Mitteln. So müsse „unter Rückgriff auf die EU-Programme für Forschung und Entwicklung (...) die technische Leistungsfähigkeit von Überwachungsinstrumenten“ gesteigert und „durch die Kombination nachrichtendienstlicher Erkenntnisse mit Informationen, die aufgrund von Überwachungsinstrumenten gewonnen werden, ein gemeinsames Informationsbild des Grenzvorbereichs entwickelt werden“.[6] Zu den anzuwendenden „Instrumenten“ gehören erklärtermaßen auch Spionagesatelliten sowie Drohnen – unbemannte Luftfahrzeuge, die gewöhnlich von Armeen gesteuert und in Kriegen eingesetzt werden. Dies gelte sowohl für die Land- als auch für die See-Außengrenzen der EU, schreibt die Kommission.

Zielpunkt

Den strategischen Zielpunkt benennt Brüssel vorerst nur für „den maritimen Bereich“.[7] Auf den Meeren an den Außengrenzen der EU soll demnach „ein gemeinsamer Informationsraum“ geschaffen werden, „indem alle bestehenden Melde- und Überwachungssysteme“ in nationalen Hoheitsgewässern „und in angrenzenden Hochseegebieten in ein größeres Netz eingebunden werden“. Dieses „integrierte Netz von Melde- und Überwachungssystemen“ sei zunächst „auf das Mittelmeer, den südlichen Atlantik (Kanarische Inseln) und das Schwarze Meer (zu) beschränken“, verlangt die EU-Kommission. „Später“ soll die totale Überwachung „auf den gesamten maritimen Bereich der EU ausgeweitet werden“. Ausdrücklich genannt wird unter anderem die Kontrolle der Fischerei.

Rückwirkungen

Nicht erst hier schlägt die Militarisierung der EU-Außengrenzen auf die europäischen Binnenverhältnisse zurück. Die biometrische Industrie etwa, die in hohem Maße von Flüchtlingsabwehr und Migrationskontrolle profitiert, erlebt gegenwärtig einen ungeahnten Boom. Noch vor vier Jahren hieß es: „Der Biometriemarkt in Deutschland ist mit einem Volumen von knapp 12 Millionen Euro (...) unbedeutend.“[8] Im Oktober 2007 urteilte ein Fachmann: „Von rund 120 Millionen Euro im Jahr 2006 wächst der Umsatz auf voraussichtlich rund 300 Millionen Euro im Jahr 2010“.[9] Dies bezieht sich nur auf den deutschen Markt; der Weltmarkt wird Schätzungen zufolge von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf 4,8 Milliarden Euro 2010 steigen. Die Flüchtlingsabwehr der EU trägt dazu bei. So kommt ein Teil der mehr als 1,8 Milliarden Euro, die die EU von 2007 bis 2013 für die „Infrastruktur der Außengrenzen“ [10] (Grenzübergänge, Videoüberwachung usw. an rund 6.000 Kilometern Landgrenze und 85.000 Kilometern Küste) zur Verfügung stellt, biometrischen Vorhaben zugute. Bereits heute arbeiten mehrere tausend Beschäftigte in rund 100 deutschen Unternehmen an biometrischer Überwachungstechnologie. Ihr Boom stärkt Bedeutung und Einfluss der Repressionsindustrie und der an sie angegliederten Forschung. Dabei ist die Biometrie nur ein Beispiel für zahlreiche weitere Sparten der Überwachungsbranche.

Todesopfer

Die unmittelbaren Opfer der Flüchtlingsabwehr geraten nach einer Welle öffentlicher Empörung vor zwei Jahren zunehmend in Vergessenheit. Bereits zu Jahresbeginn hat die spanische Regierung bestätigt, dass im Jahr 2007 die Zahl der Menschen, die auf der Flucht über See nach Spanien umkamen, gegenüber dem Vorjahr angestiegen ist.[11] Verlässliche Zahlen liegen hier ebenso wenig vor wie über die Toten an den östlichen und südöstlichen Außengrenzen der EU. Und nicht zuletzt kamen selbst im abgeschotteten Zentrum der „Festung Europa“ zahlreiche Migranten gewaltsam zu Tode. Wie eine soeben erschienene Studie belegt, ist dies nicht nur auf Neonazi-Überfälle zurückzuführen. Demnach starben seit 1993 in Deutschland 81 Menschen infolge rassistischer Attacken und bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften. Viermal so viele wurden der Studie zufolge Opfer tödlicher behördlicher Gewalt: „Durch staatliche Maßnahmen der BRD“ – Abschiebung, Abschiebehaft etc. – kamen seit 1993 mindestens 370 Flüchtlinge ums Leben“.[12]

www.german-foreign-policy.com ■

[1], [2] Neue Instrumente für eine integrierte europäische Grenzverwaltungsstrategie; MEMO/08/85, Brüssel 13.02.2008
[3] s. dazu Die Herren der Meere, Frontex und Auf Leben und Tod. Viele wertvolle Informationen enthalten die Broschüre „Aufgaben und Strukturen der Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“ (Materialien gegen Krieg, Repression und für andere Verhältnisse Nr. 4. Im Auftrag von Tobias Pflüger MdEP. Januar 2008) sowie die Website der Initiative frontexwatch (frontex.antira.info).
[4] Agentur FRONTEX: Evaluierung und künftige Entwicklung; MEMO/08/84, Brüssel 13.02.2008
[5] Abkommen mit Russland, der Ukraine und der Schweiz sind bereits in Kraft, die Gespräche mit Kroatien befinden sich in fortgeschrittenem Stadium. „Der Verwaltungsrat hat Mandate zur Aushandlung weiterer Vereinbarungen mit folgenden Ländern erteilt: mit der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, Ägypten, Libyen, Marokko, Mauretanien, dem Senegal, Kap Verde, der Republik Moldau und Georgien. Die Agentur beabsichtigt, kurz- oder mittelfristig Mandate für die anderen westlichen Balkanstaaten, Länder Westafrikas, die USA und Kanada zu beantragen.“ Agentur FRONTEX: Evaluierung und künftige Entwicklung; MEMO/08/84, Brüssel 13.02.2008
[6], [7] Prüfung der Schaffung eines Europäischen Grenzüberwachungssystems (EUROSUR); MEMO/08/86, Brüssel 13.02.2008
[8] Biometriemarkt Deutschland: Anti-Terror-Gesetze kurbeln Wachstum an; rifid.blogg.de 23.06.2004
[9] Studie: Biometrie-Markt in Deutschland wächst stark; www.bitkom.org 02.10.2007
[10] Finanzierungsabkommen zur Weiterentwicklung eines umfassenden europäischen Migrationskonzepts; IP/06/1813, Brüssel 14.12.2006
[11] s. dazu Land ohne Flüchtlinge
[12] Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. 15., aktualisierte Auflage, herausgegeben von der Antirassistischen Initiative e.V., Berlin 2008. S. dazu unsere Rezension.

Weltweite Proteste fordern: „Freiheit für Mumia, jetzt!“

Am 28. März fanden weltweit Proteste für den in der Todeszelle sitzenden politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal statt, in New York, Chicago, Oakland und Los Angeles, aber auch in London, Berlin, Toronto, Vancouver und Mexiko-Stadt, sowie am 29. März in Sydney, Hamburg und Paris. Aufgerufen vom Partisan Defense Committee und den Labor Black Leagues [Arbeiter Schwarzen Ligen] in den USA und den Schwesterverteidigungsorganisationen des PDC weltweit, verurteilten die Proteste die Entscheidung des dritten US-Bundesberufungsgerichts vom 27. März, die die abgekartete Verurteilung von Mumia Abu-Jamal aus dem Jahr 1982 wegen des Mordes an einem Polizisten in Philadelphia aufrecht erhielt. Das Gericht lehnte die Berufung Mumias für einen neuen Prozess ab und ordnete eine neue Anhörung über das Strafmaß an, die entscheiden soll, ob er wieder zum Tode verurteilt oder zum langsamen Tod in lebenslanger Haft verdammt werden soll. Die Demonstranten protestierten unter den Losungen „Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Freiheit für Mumia, jetzt! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ In New York richtete Mumia Abu-Jamals Tochter Goldii (Bild links) eine Ansprache an die über 100 Protestierenden, die vor dem Federal Building in Downtown Manhattan marschierten. Eine Erklärung des Partisan Defense Committee vom 27. März betonte: „Mumia ist ein ehemaliger Sprecher der Black Panther Party, ein Unterstützer der MOVE-Organisation und namhafter Journalist. Er ist unschuldig und wurde in einem abgekarteten Prozess für seine politischen Ansichten verurteilt. Er hätte niemals auch nur einen einzigen Tag im Gefängnis verbringen dürfen.“

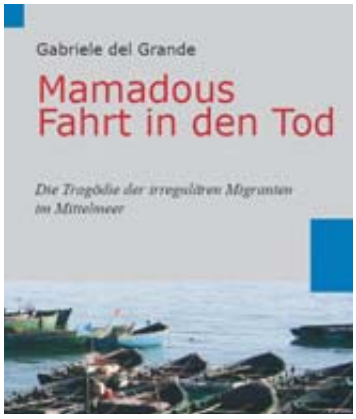
Zu den Protesten in Berlin und Hamburg, aufgerufen vom Komitee für soziale Verteidigung, kamen rund 70 bzw. 40 Teilnehmer. Es wurden hunderte Flugblätter an Passanten verteilt und Redner verschiedener Organisationen forderten Mumias Freiheit..

Bild rechts: Protest am 29. März in Paris [Bildnachweis: Comité de défense sociale]

Weitere Informationen auf www.partisandefense.org, Komitee für soziale Verteidigung kfsv@online.de, kfsv-hamburg@web.de

Sie haben es satt, über nicht gehaltene Versprechen zu reden...

Gabriel del Grande, Mamadous Fahrt in den Tod – Die Tragödie der irregulären Migranten im Mittelmeer. Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 2008,ISBN 978-3-86059-510-7, Preis 14,90 Euro



Tausende und Abertausende von Toten, eine unbestimmte Zahl von Vermissten, Verletzten und körperlich und psychisch Erkrankten sind die Nebenwirkungen eines von Europa einseitig gegen die Mi-granten erklärten Krieges. Ihn führt eine von Mitgliedsländern der EG mit Hunderten Millionen finanzierte Armee. Sie führt ihn gegen eine hoffnungslos unterlegende, aber trotzdem mit nichts zu stoppende Bewegung von jungen Menschen an Land, in der Luft und in den Meeren, die Nord- und Westafrika umgeben. Sie führt sie gegen Menschen, die unmenschliche Anstrengungen unternehmen, um der Hoffnungslosigkeit zu entfliehen, die nach Europa gelangen wollen, um Arbeit zu finden und sich und ihren zurückgebliebenen Familien die Lebenssituation zu erleichtern.

Der italienische Journalist, Gabriel del Grande, ist der Spur der „Namenlosen" gefolgt. In seinen präzisen und akribisch recherchierten Reportagen gibt er ihnen einen Namen, ein Gesicht, eine Geschichte. Monatelang folgt er ihren Routen von Südwestafrika zum Mittelmehr und entlang der Küste, von der Türkei zum Maghreb und von dort bis zum Senegal. Er besucht die Verwandten der Opfer des 18./19. August 2006 vor Lampedusa.

Wir begegnen den Verwandten von Ertrunkenen, Erschossenen, Verdursteten und Verschwundenen. Wir hören von jungen Männern und Frauen, die immer gefährlichere Routen wählen müssen, die sich immer größeren Gefahren aussetzen um die hochgerüsteten Sicherheitssysteme zu überwinden oder zu umgehen.

Del Grande spricht mit den Gescheiterten, Zurückgeschickten und Beraubten.

Durch sie erfahren wir von dem mafiösen Zusammenwirken der Beschlüsse der Europäischen Regierungen, bis zur „Rückführung" von Tausenden Aufgegriffenen hinter die Grenze der nordafrikanischen Staaten – in die Wüste. Wir erfahren von den „Rekruteurs", die die Leute für die Flucht begeistern und ihnen eine sichere Überfahrt garantieren und ihnen den Weg zu einem „Passeur" weisen. Passeure kassieren im Voraus. Ist bezahlt, folgt das manchmal wochenlange Warten auf die Passage

Gabriel del Grande spricht mit den Wartenden, aber auch mit den Betrogenen. Sie berichten von dem Zusammenspiel von Polizei und Armee mit den Passeurs. Von welchen, die losfahren und nach 300 km, mitten in der Wüste, nachkassieren oder aussetzen. Sie sind bewaffnet. Wer kein Geld hat, bleibt, schutzlos der Wüste ausgesetzt, zurück.

Wir erfahren, dass das unsittliche Handeln der EG, Wanderung und Asyl von Menschen aus Afrika nach Europa zu verhindern, seine Nachahmer und Vollstrecker unter ebenso unsittlich handelnden Gangstern und Mördern findet. Und dass Raub und Mord fester Bestandteil des europäischen Systems der Abschreckung sind.

Del Grande berichtet über die Begegnungen mit Flüchtlingen in ihrem trostlosen Unterschlupf, die ihre Ersparnisse und die ihrer Familien aufgebraucht haben oder denen sie geraubt wurden, mit „Zurückgeführten", die zwischen Hoffnung und Hoffnungslosigkeit, doch inzwischen ohne Geld, auf eine zweite Gelegenheit hinarbeiten. Er trifft auf die Gestrandeten, die ohne Hoffnung und ohne Chance auf Rückkehr in ihre Heimat versuchen, sich irgendwie durchzuschlagen. Während eines Gesprächs mit einem jungen Mann über seine bevorstehende Flucht läuft im Hintergrund die Single des senegalesischen Rappers Didier Awadi mit Bouba Kirikou „Sunugaal" (unsere Pirogen):

„All eure Versprechungen,/ Alle eure schönen Worte,/ Und wir, die wir warten./ Ihr habt mir eine Arbeit versprochen,/ ihr habt mir versprochen,/ dass ich nie wieder hungern würde,/ dass ich einen Beruf, eine Zukunft haben würde./ Ich habe es satt zu warten./ Ich will fliehen, / ich will mich in der Piroga umbringen./ Ich schwöre! Hier bleibe ich nicht eine Sekunde länger./ Lieber sterben, als in dieser Hölle leben./ Ich habe es satt zu warten. (...)" (Mit Video und Text: http://www.studiosankara.com/sunugaal.html)

2006 sind mehr als 6000 junge Männer allein aus dem Senegal über die Antlantikroute zu den Kanarischen Inseln geflüchtet. 1024 junge AfrikanerInnen sind allein 2006 entlang der Atlantikroute zu den Kanarischen Inseln umgekommen. 2006 gab es 31.000 Ankünfte; sechsmal so viele wie 2005.

Die EG hat 2006 1,820 Mrd. Euro zur Kontrolle der Außengrenzen in den nächsten sieben Jahren eingesetzt. 2007 allein 34 Mio Euro für die Hochrüstung der Frontex.

1998-2003 gab es allein 14.500 Aussetzungen mitten in der Wüste entlang der Grenze Libyens mit Niger, Tschad, Sudan und Ägypten. 2003-2005 145.000 „Rückführungen" von Afrikanern hinter die Grenzen der afrikanischen Mittelmeeranrainerstaaten, von Mauretanien oder Senegal oder direkt in ihre Heimatländer.

Werden diese Themen angesprochen wird in Deutschland oft entgegnet: Ja wir können aber doch hier nicht alle Probleme der Welt nicht lösen. Die afrikanischen Wirtschaftsstrukturen wurden durch den westeuropäischen Kolonialismus zerstört und werden aktuell durch Privatisierung und Subventionspolitik von EG, USA mit Hilfe der Weltbank immer weiter zerstört. Das ist die Wahrheit der wir uns stellen müssen. Gabriel del Grandes Buch, Mamadous Fahrt in den Tod, trägt dazu bei, dass die westeuropäischen Regierungen in ihren menschenverachtenden rassistischen Vorhaben die Unterstützung der „Zivilgesellschaft" verlieren.

Mamadou ist der Name eines unbekannten Flüchtlings, dessen Leiche an einem Strand der tunesischen Küste angeschwemmt wurde und dessen Grab von einem Anwohner im Gedenken an all die umgekommenen Mamadous gepflegt wird. *pb* ■

Mehr Infos auf http://fortresseurope.blogspot.com und www.borderline-europe.de. borderline-europe versteht seine Arbeit als Akt des zivilen Widerstands gegen die Abschottung der EU und ihre tödlichen Folgen. Ziele sind die umfassende Information der Öffentlichkeit, die Vernetzung europäischer Initiativen und die Lobbyarbeit auf nationaler- und EU-Ebene.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg– Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Islamhetze

Junge Freiheit Nr. 13/08 vom 21.3.2008

Die von Bundesinnenminister Schäuble ins Leben gerufene Islamkonferenz ist dem Blatt ein Dorn im Auge. Blatt-Autor *Michael Paulwitz* kommentiert: „Das eifersüchtige Verlangen nach Verhandlungen ‚auf Augenhöhe' überrascht nicht. Etliche Schlüsselfiguren der Islam-Verbände sind von einer fremden Regierung, der türkischen, entsandt, kontrolliert oder finanziert … Ihr amtierender Sprecher Bekir Alboga ist als hoher Ditib-Funktionär zugleich de facto türkischer Staatsdiener. Ihr gemeinsames Interesse ist der Erhalt und Ausbau der Parallelgesellschaften, denen sie ihren Einfluss verdanken, und nicht deren Auflösung." Und deshalb sei die Einführung eines staatlichen Islamunterrichts abzulehnen.

Katholischer oder evangelischer Religionsunterricht ist fester Bestandteil des staatlichen Schulwesens, inzwischen gibt es auch jüdischen und in einigen Bundesländern alevitischen Religionsunterricht – allerdings auch Bundesländer, die einen Ethik- und religionswissenschaftlichen Unterricht anstelle der Einzelreligionen anbieten. Nirgendwo hat dieser Unterricht bislang zur Stärkung von Parallelgesellschaften geführt, im Gegenteil. Der Einfluss der christlichen Religionsgemeinschaften auf die Schulen wird durch die Aufnahme weiterer Religionen zumindest relativiert – ob er überhaupt stattfinden muss, ist eine andere Diskussion.

Zentrum gegen Vertreibung

Junge Freiheit Nr. 13/08 vom 28.3.2008

Das Bundeskabinett hat beschlossen, im Deutschlandhaus in Berlin eine Dauerausstellung als „Sichtbares Zeichen gegen Flucht und Vertreibung" einzurichten. Damit scheint ein Ende der Auseinandersetzung um das vom Bund der Vertriebenen angestrebte revanchistische Zentrum gegen Vertreibung erreicht zu sein. Das Blatt kommentiert: „Dem BdV wird lediglich eine Vertretung in den Stiftungsgremien zugebilligt, wie den sogenannten Vertreiberstaaten auch. Das lässt Kritiker befürchten, dass weder der Versailler Vertrag noch die Bedrängung der deutschen Minderheiten in Mittelosteuropa einer deutschen Universalschuld zementiert werden soll … Deshalb war ein besserer Beschluss nicht möglich. Das Prinzip des Alles oder Nichts zu vertreten, hätte bedeutet, am Ende leer auszugehen. Um so schärfer muss man hinsehen, wenn die Entscheidungen über die konkreten Konzepte und Details anstehen. Nicht zu vergessen: Dieser relative Erfolg ist vor allem der Erfolg von Erika Steinbach. Ohne die BdV-Präsidentin gäbe es keinen Regierungsbeschluss über ein ‚Sichtbares Zeichen'."

Damit ist auch die Idee vom Tisch, ein europäisches Netzwerk gegen Flucht und Vertreibung einzurichten. Man wird in Zukunft die Ausstellung genau beurteilen müssen, um zu sehen, ob sich der BdV in der Gestaltung der Ausstellung durchsetzt. Die Ansiedlung der Ausstellung im Deutschlandhaus lässt solches befürchten.

NPD diskutiert über Pakt mit DVU

Junge Freiheit Nr. 14/08 vom 4.4.2008

Nach einem Bericht des Blattes hat innerhalb der NDP eine Diskussion über den sogenannten Deutschlandpakt mit der DVU begonnen. Im nächsten Jahr sind Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen, in beiden Ländern soll laut Vertrag die DVU kandidieren. Die NPD rechnet sich jedoch Chancen aus, in beide Landtage einzuziehen, obwohl sie in den Landtagswahlen 2008 im Westen verhältnismäßig schlecht abgeschnitten hat. Udo Pastörs gilt als Gegner des Pakts mit der DVU und wird von der JF zitiert: „Es sollte nur die Partei antreten, die auch das Potential dafür hat, und das ist eindeutig die NPD." Pastörs dementiert allerdings Meldungen, er wolle für das Amt des NPD-Vorsitzenden kandidieren. Wenn allerdings eine Gefährdung für den gesamten Kurs der NPD entstünde, würde er sich der Aufgabe des Parteivorsitzenden nicht verweigern: „In diesem Fall bin ich Parteisoldat." Pastörs will eine andere Zusammenarbeit mit den Kameradschaften: „Es muss vorbei sein mit der Gängelung der freien Kräfte. Der gemeinsame Kurs muss unbedingt fortgesetzt werden."

Auch Andreas Molau fordert eine Neuverhandlung des Deutschlandpaktes und eine Diskussion über das Drei-Säulen-Modell der NDP (Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente). Er wird zitiert: „Man muss sich einmal ehrlich fragen, welchen Stellenwert Demonstrationen heute noch haben."

Der Parteivorsitzende Voigt verteidigt das Konzept mit dem Hinweis: „Der Kampf um die Straße ist mindestens so wichtig wie der um die Parlamente. Wenn wir den Kampf um die Straße vergessen, geht es uns irgendwann so wie den Republikanern."

Das Bündnis mit den Kameradschaften beruht zu einem erheblichen Teil auf dem Interesse, die Straße zu beherrschen und Regionen zu erobern, in denen sich kein Migrant mehr auf die Straße traut.

uld ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

NPD demonstriert gegen Innenministerkonferenz

Anlässlich der Bundesinnenministerkonferenz, die vom 16.-18. April 2008 in Bad Saarow am Scharmützelsee (Landkreis Oder-Spree) stattfindet, hat die NPD unter dem Motto „Feinde der (Meinungs-) Freiheit sind keine Demokraten" eine Demonstration angekündigt und fordert den Abzug der V-Leute aus ihrer Organisation.

Als Treffpunkt wird 10 Uhr Bahnhofsvorplatz Bad Saarow angegeben. Als Redner angekündigt sind der Parteivorsitzende Udo Voigt und die NPD-Landesvorsitzenden Klaus Beier (Brandenburg) und Eckart Bräuninger (Berlin).

Quelle: Homepage NPD ■